



Stadtarchiv Sehnde

Die Zeitreise

Ausgabe 7

Juni 2012



Die Geschichte von Hohenfels

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Geleitwort des Ortsbürgermeisters	2
Vorwort	3
Kaliwerk Hohenfels	
Bergwerk am Roten Berg	4
Kaliwerk Carlshall Lühnde	13
Bauten der Dr.Sauer-Gruppe auf Hohenfels	
Schachtanlage Hohenfels	14
Wasserturm und Wasserspeicher	15
Pumpenhaus und Kantine	17
Holzbarackenlager 1895	18
Haus "Friederike" (Villa I) und Haus "Georg" (Villa II)	19
Militärische Nutzung von Hohenfels	
Heeresmunitionsanstalt Sehnde 1937 - 1945	21
Vorbereitung der militärischen Nutzung von Hohenfels	22
Vertrag zur Übernahme des Schachtes Hohenfels durch das Militär	25
Baumaßnahmen für die Heeresmunitionsanstalt	
Vorbereitung in Wehmingen	27
Holzbarackenlager von 1936	31
Steinbarackenlager von 1936	33
"Alte" Siedlung Hohenfels von 1938	34
Schilderung des Kriegsendes in Wehmingen	35
Britische Rheinarmee ab 1945	
Holzbarackenlager	40
Steinbarackenlager	42
Krönungsfeierlichkeiten der englischen Königin	43
Entführter Krönungsstein der Queen ist wieder da	44
"Alte" Siedlung	46
Geschichte der englischen Depots in Deutschland von 1945 - 1982	47
Bundeswehr ab 1966	48
Hohenfels ab 1974	51
Deutsches Straßenbahnmuseum Hannover	52
Hannoversches Straßenbahnmuseum	60
Die "Neue" Siedlung Hohenfels	
Das ehemalige Arbeiterwohnlager (Camp Hohenfels)	70
"Alte" Siedlung Hohenfels heute	78
Herausgeber	81
Ausblick	82
Bilder, Literatur- und Quellenverzeichnis	83
Allgemeine Erläuterungen und bergbauliche Fachausdrücke	84

Geleitwort des Ortsbürgermeisters von Wehmingen

Ich meine, wir sollten das, was wir besitzen, bisweilen uns so anzusehen bemühen, wie es uns vorschweben würde, nachdem wir es verloren hatten.

Arthur Schopenhauer

Um die abwechslungsreiche Geschichte der Siedlung Hohenfels aufzuarbeiten, begab sich eine Gruppe historisch, politisch und kulturell interessierter Herren auf eine Zeitreise. Sie scheuten keine Mühen, die bewegende Vergangenheit dieses besonderen Ortes zu recherchieren, um das Ergebnis nachfolgenden Generationen zur Verfügung zu stellen.

Dieses Engagement zu würdigen, fällt nicht schwer, besonders hinsichtlich der vielfältigen Daten, Aufzeichnungen und Veränderungen im Ablauf der Zeit, die in äußerst präziser Arbeit zusammengetragen und ausgewertet werden mussten.

Die Freude bei all der mühsamen Sisyphusarbeit kam nicht zu kurz und beflügelte die Zeitreisenden in ihrem Vorhaben. Ebenso wie die vermutlich interessanten Gespräche und Darstellungen der Zeitzeugen, die so in Zukunft sicher nicht mehr möglich sein werden.

Ursprünglich wurde die Fläche im heutigen Bereich um Hohenfels bis zum Ende des 19. Jahrhunderts rein landwirtschaftlich genutzt.

Durch das erstellte Werk zu den dann folgenden 100 Jahren mit seinen verschiedenen Epochen, erfährt die Siedlung Hohenfels eine ganz besondere Anerkennung. Seinen Charme hat Hohenfels, wie die vielen weitestgehend erhaltenen nostalgischen Gebäude beweisen, bis heute nicht verloren.

Nicht unerwähnt bleiben sollte aber auch das Unrecht, das dort geschehen ist. Es gehört zur historischen Vergangenheit und ist unauslöschlich damit verbunden.

Betrachten wir es als Mahnmal für die Zukunft und gedenken derer, denen Hohenfels niemals Heimat sein konnte, jedoch der letzte Platz in ihrem Leben wurde.

Auch im Namen der Wehmingerinnen und Wehminger sowie anderer Interessierter danke ich den Zeitreisenden für ihre außergewöhnliche Tätigkeit und wünsche ihnen noch viele spannende Reiseziele.

Heinrich Heineke

Vorwort

Hohenfels ist ein Teil der Ortschaft Wehmingen. Zwischen Hohenfels und dem eigentlichen Dorf Wehmingen besteht nicht nur eine räumliche Trennung von einigen hundert Metern, sondern die Siedlung hat sich durch die Besonderheit ihrer Geschichte einen eigenen Charakter bewahrt. Die durch die gemischte Nutzung geschaffenen Baulichkeiten, dazu die sich abseits der dörflichen Geschlossenheit entwickelnde Einwohnerschaft geben der Ansiedlung auf dem Roten Berg ein besonderes Gepräge.

In den vergangenen vierzig Jahren erfolgte eine Umorientierung von einem reinen Industrieensemble hin zu einer Ansiedlung mit einer vielfältigen Nutzung.

Diese Entwicklung in der mehr als 110 jährigen Geschichte der Siedlung Hohenfels reizte zu einer Betrachtung. Wir haben nun versucht, diesen Ablauf sichtbar zu machen und den Werdegang von einer reinen Industrieanlage zu einem facettenreichen Teil der Stadt Sehnde zu beschreiben. Wie immer danken wir allen, die an diesem Vorhaben mit Wort und Schrift teilgehabt haben.

Die Ausgabe sieben der „Zeitreise“ wird sich bestimmt würdig in die Reihe ihrer Vorgängerinnen einreihen.

Das Autorenteam

Kaliwerk Hohenfels

Bergwerk am Roten Berg

Noch vor 200 Jahren gab es in Europa Hungersnöte größeren Ausmaßes. Den Ackerböden waren Jahrhunderte lang mit den Ernten die Nährstoffe entzogen, die nur zu einem sehr geringen Teil durch die natürliche Düngung ausgeglichen werden konnten.

Der Chemiker Justus von Liebig wies um 1840 die Bedeutung des Elementes Kalium für die Pflanzenernährung nach. Erste Düngeversuche mit kaliumhaltigen Salzen im Raum Staßfurt zeigten überraschende positive Ergebnisse. Nach der Entwicklung eines Anreicherungsverfahrens begann ein Run auf die bergmännische Gewinnung von Kalidüngesalzen. Das war die Geburtsstunde der Kaliindustrie.

Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts stieg die Zahl der fördernden Kalibergwerke von 5 auf 28. 1893 erreichte der Boom der Kaliindustrie auch den Raum Sehnde. Nach wenn auch sehr unsicheren Hinweisen auf das Vorkommen von Salz im Untergrund im Raum Lehrte und Sehnde setzte die **Bohrgesellschaft Gustavshall** in den Buntsandsteinpartien des Roten Berges eine erste Tiefbohrung zum Nachweis von Kalisalzen an. In 556 Meter Teufe traf man das gesuchte Kalisalz an, ein wichtiger Beweis für die Behörden und noch mehr für die geneigten Investoren. Weitere vier Bohrungen erhärteten den ersten Fund durch die erneute Bestätigung von dem Vorhandensein abbauwürdiger Kalivorkommen.

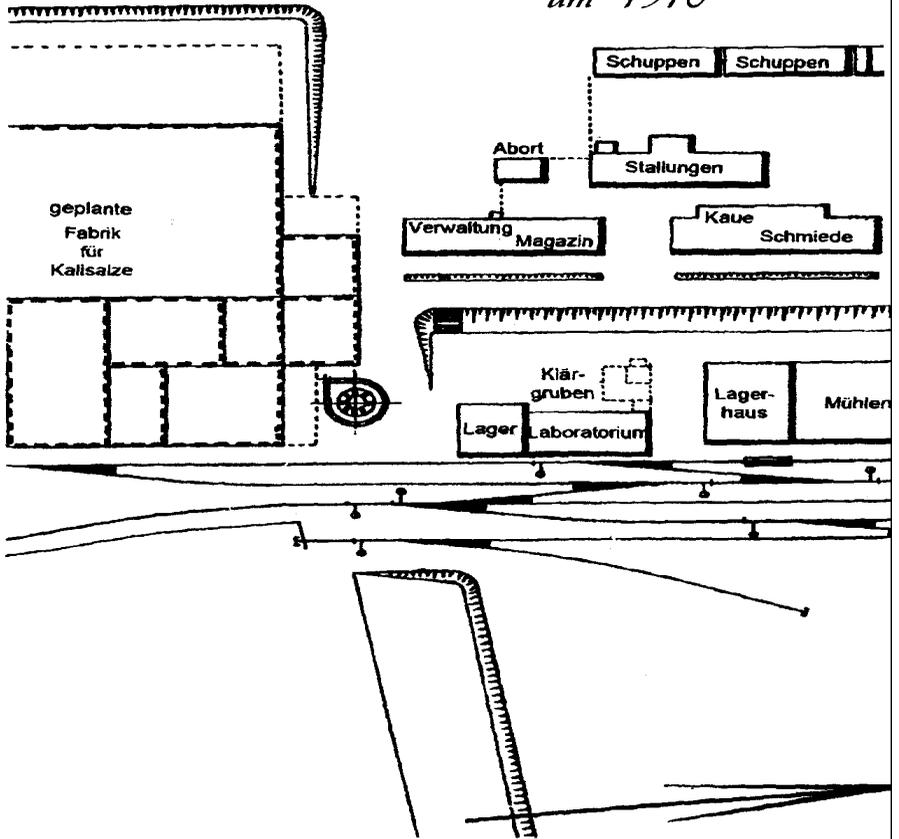
Um in den Besitz der für den Betrieb eines Bergwerks günstigen Gesellschaftsstatus „**Gewerkschaft**“ zu gelangen, erwarb ein Konsortium unter der Führung von Dr. Sauer sämtliche 1000 Kuxe der im Siegerland nicht in Förderung gegangenen Gewerkschaft „Hohenfels“. Die Gewerkschaft ging nun zum Teufen eines Schachtes unter dem gleichen Namen über. Die Bezeichnung Hohenfels für die erste Industrieanlage am Roten Berg wurde für das folgende Jahrhundert gültig.

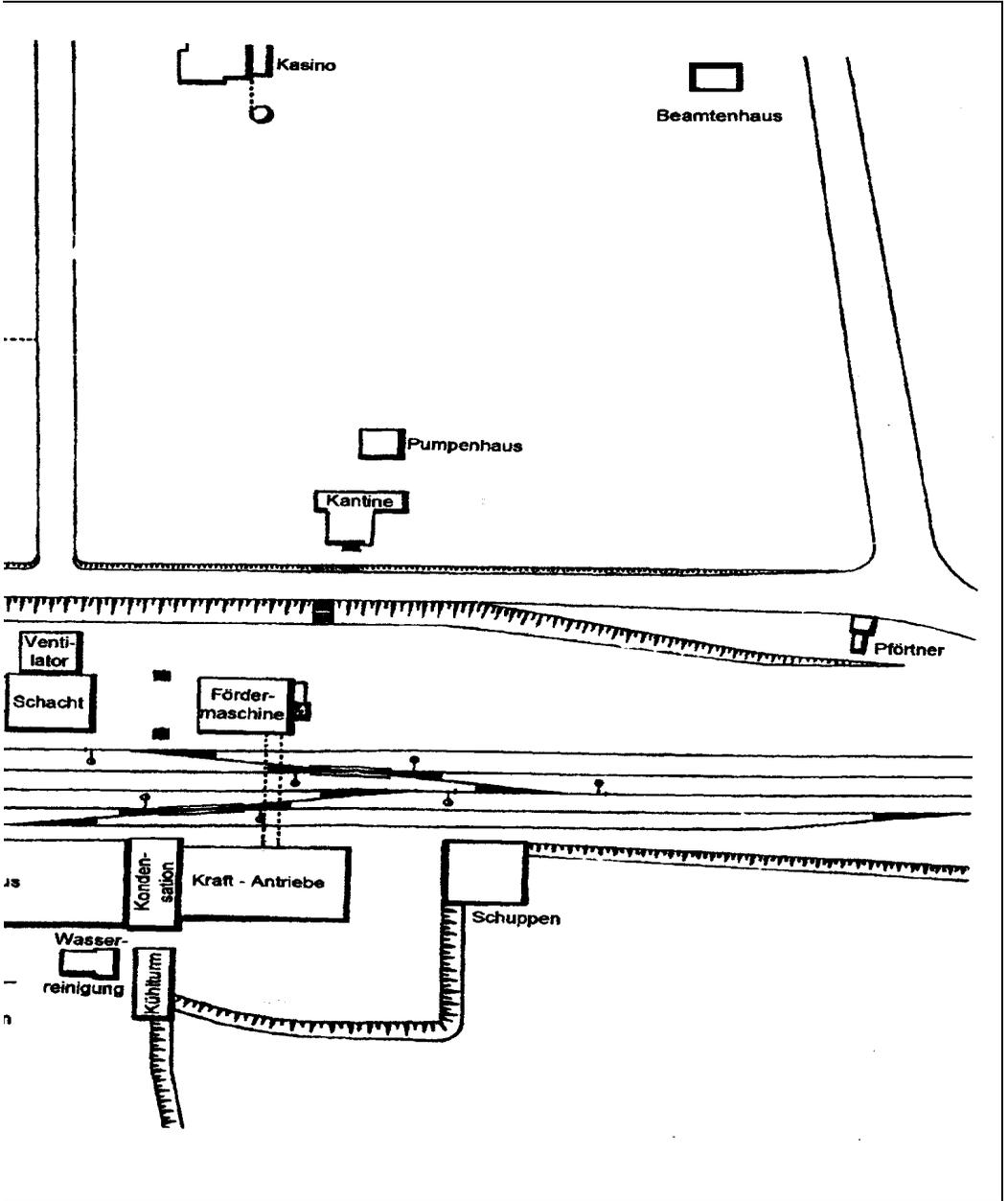


Gewerkschaft - Hohensfels

15. Ja. 69 ar 89 qm.

um 1910





Eine Gewerkschaft im bergrechtlichen Sinne war eine Kapitalgesellschaft mit einer festgelegten Anteilszahl, meistens 1000, die Kuxe genannt wurden. Die Anteilseigner waren entsprechend an der Ausbeute (Ertrag) des Bergwerkes beteiligt. Gleichzeitig bestand aber auch die Pflicht, bei einem weiteren Kapitalbedarf einen weiteren Nachschuss, die Zubeße, zu leisten.

In der Bundesrepublik wurden alle noch bestehenden Gewerkschaften bis Ende 1994 aufgelöst oder in andere Gesellschaftsformen umgewandelt.

Vor Aufnahme der Bergbautätigkeit hatten sich aber die Interessenten mit der Besonderheit des Hannoverschen Bergrechts auseinanderzusetzen. Während in Preußen die Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen in den Händen des Staates lag, war das in dem ehemaligen Königreich Hannover alleiniges Recht des Grundeigentümers, sog. **Grundeigentümerbergbau**. Dieser Passus war auch nach der Okkupation Hannovers 1866 durch Preußen unverändert geblieben. So war der Bergwerksbetreiber gezwungen, mit den jeweiligen Eigentümern entsprechende Verträge abzuschließen. Für die Abtretung der Gewinnungsrechte bekamen die Landbesitzer die Zusage, von der Förderung einen entsprechenden Zins, in unserem Fall das so genannte „Kaligeld“, zu erhalten. In der Regel schlossen sich die Landbesitzer einer Gemeinde für die Verhandlungen zu einer Interessengemeinschaft zusammen.

Mit den Gemeinden Wehmingen, Bledeln und Wirringen erzielte die Gewerkschaft Hohenfels eine Einigung über die Abbaurechte. Der Vertrag mit den Grundstückseignern in Bolzum geschah nur unvollständig, da auch die Bergbaugesellschaft Friedrichshall in Sehnde als Interessent auftrat und mit einem Teil der Eigner aus Bolzum ein entsprechendes Übereinkommen abschloss. Beide Bergbaugesellschaften konnten daher im Zentralbereich des Salzstockes keine Aktivitäten entfalten, eine für beide sehr missliche Situation, die erst 1934 mit dem Vertrag zwischen Wintershall AG und Kali-Chemie AG endete.

Die besonderen Umstände nach dem Abschluss beider Verträge führten neben der Blockade eines Kernstückes des Salzstockes auch zu gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen beiden Gesellschaften und einer lang anhaltenden Gegnerschaft.

Am 23. 03. 1897 erfolgte der erste Spatenstich für den Schacht Hohenfels. Nach vierjähriger Bauzeit erreichte man die Endteufe von 601 Metern. Bis 408 m Teufe wurde der Schacht mit einem wasserdichten Ausbau durch gusseiserne Ringe, den so genannten Tübbingen, versehen, eine im Kalibergbau äußerst lange Strecke. Ausgesetzt wurde zwei Füllörter auf 600 und 570 Meter. Mit zwei nach Osten führenden Querschlägen wurden nach ca. 180 m die Kalisalze erreicht. Die weitere Ausrichtung geschah auf beiden Sohlen nach Norden und Süden. Die gefundenen Lagerstätten wurden zunächst zwischen den beiden Sohlen 600 m und 570 m mit dem in der Steilen Lagerung üblichen Firstenkammerbau abgebaut. Später dehnte man den Abbaubereich abwärts auch zur einer 700 m Sohle aus, desgleichen auch nach oben bis hin zu einer 490 m Sohle. Die Lösung des Salzes aus dem Gebirgsverband, die Gewinnung, erfolgte mittels Bohr- und Sprengarbeit. Gebohrt wurden die Sprengbohrlöcher schon nach kurzer Zeit durch elektrisch angetriebene Bohrmaschinen. Die Abförderung des losgesprengten Haufwerks geschah ausschließlich per Hand. Den Transport der Förderwagen im Grubengebäude übernahmen anfangs Pferde, um 1908 wurden Benzol- und später Elektrolokomotiven hierfür verwandt.

Für die Bewetterung des Grubengebäudes stand allein der Schacht Hohenfels zur Verfügung. Infolge der langgestreckten Ausdehnung des Grubenfeldes gestaltete sich die Wetterführung insgesamt schwierig. Die Wettertemperaturen waren nach den bis dato vorliegenden Erfahrungen recht hoch. Sie schwankten je nach der Entfernung vom Schacht zwischen +32°C und +43°C. Dieses führte zu verkürzten Schichtzeiten, ein den Betrieb insgesamt belastender Kostenfaktor. Mit zunehmender Betriebszeit wurde klar, dass eine ausreichende

Bewetterung nur durch einen besonderen, im Südfeld der Grube abzuteufenden Wetterschacht, zu erzielen sein würde. Eine derartige Investition unterblieb aus Kostengründen.



Bild Nr.1 Bergleute bei ihrer Arbeit

Eine Besonderheit und ein unternehmerisches Wagnis erster Güte war der bereits während der Abteufphase begonnene Aufbau der Übertageanlagen, die in einer überaus großzügigen Weise errichtet wurden. Der damalige Baustil für die Tagesanlagen des Kalibergbaus ist bis heute bei der Mehrzahl der Gebäude erhalten geblieben. 1902 war für den Abtransport der Salze auch eine 5,5 km lange Anschlussbahn zum Bahnhof Algermissen fertig gestellt worden.

Das geförderte Rohsalz wurde in der Mühle zerkleinert und anschließend zum Transport zu den Abnehmern in Säcke verladen, alles in Handarbeit, wie auch die Ausbringung des Kalidüngers auf die Felder ebenfalls manuell geschah. Ein Versuch zur Herstellung höherwertigen Düngers auf Hohenfels wurde 1908 abgebrochen. Die komplexe Zusammensetzung des Rohsalzes ließ das Vorhaben scheitern.

Belastbare Zahlen für die Größe der Belegschaft haben wir leider nicht erhalten. Nur für 1904 wird von einer Gesamtzahl von ca. 400 Personen berichtet. Ebenfalls ist für dieses Jahr ein Absatz von rund 100.000 t angegeben. Insgesamt sind bis 1926 ca. 1.627.344 Tonnen Salz gefördert worden, davon gut 75% in den Jahren von 1902 bis 1914. Nach dem Krieg sank die Produktion auf ca. 35.000 t/Jahr.

Ein besonderes Problem für das Werk stellte die seit 1902 bestehende Forderung der Bergbehörde nach einem zweiten Ausgang nach übertage dar. Ein zusätzlicher Schacht kam für die Gesellschaft aus finanziellen Erwägungen nicht in Frage. Eine Lösung erfolgte durch eine Vereinbarung mit der vor der gleichen Aufgabe stehenden Gewerkschaft Carlshall in Lühnde, die in den Jahren 1909 bis 1911 ihren gleichnamigen Schacht abteufte. Auf dieses Werk, obwohl außerhalb des Gebietes der Stadt Sehnde, wird im Anschluss kurz eingegangen.

In dem Vertrag von 1908 über die „Durchschlägigkeit“ der beiden Anlagen ist auch der Zwist zwischen Hohenfels und Friedrichshall eingeflossen. In einem besonderen Paragraphen wurde Carlshall verpflichtet, für den vor dem gleichen Problem stehenden Konkurrenten Friedrichshall über den Zeitraum von 25 Jahren nicht für einen Durchschlag zur Verfügung zu stehen.

1912 wurde mit dem Durchschlag zwischen beiden Grubengebäuden Hohenfels und Carlshall auf der 600 m Sohle die Zweischachtfrage für diese beiden Gewerkschaften gelöst.

Der erste Weltkrieg und seine Folgen beeinflussten naturgemäß im erheblichen Maße das Geschehen auch des Kaliwerkes Hohenfels. Einbußen in der Produktion, insbesondere in den frühen Zwanzigern, zwangen zu Verringerung der Belegschaft und darüber hinaus bald zu Überlegungen, den Betrieb vollständig einzustellen. Der Bau einer Kalifabrik in Ilten am Schacht Hugo und die weitaus größere Ausdehnung des Grubenfeldes dort auf dem Salzstock Sehnde – Lehrte führte letztendlich zu dem Beschluss,

Hohenfels ab 1928 mit dem Status eines Reservebergwerks still zusetzen. Fortan wurden nur bis zur Verfüllung des Schachtes und Abrisses des Schachtfördergerüsts 1984 Wartungsarbeiten im Schacht und an der Seilfahrteinrichtung ausgeführt.

Ein weiterer besonderer Einschnitt war der Tod der bisherigen Eigner, der Gebrüder *Sauer*, Ende der Zwanziger des vorigen Jahrhunderts. Hohenfels wurde von der Wintershall AG übernommen. Die Aktiengesellschaft befand das Werk nach einem eingehenden geologischen Gutachten als nicht zukunftsfähig und veräußerte 1934 auch ihre Abbaurechte im Feld Bolzum gegen Zahlung einer Summe von 750.000 RM an die Kali Chemie AG, die nun für ihr Werk Friedrichshall die dringend benötigte Erweiterung des Abbaufeldes erhielt.

1937 verpachtete die Wintershall das Bergwerk und die Tagesanlagen bis zum Jahr 1953 unentgeltlich an das Deutsche Reich (Rechtsnachfolgerin die Bundesrepublik Deutschland), das hier auf dem Gelände und in der Grube eine Munitionsfertigung einrichtete.

Nach 1947 wurde Hohenfels wieder mit dem Status eines Reservebergwerks von der Wintershall AG und deren Nachfolgerin K+S AG bis 1983 betrieben. In der Regel waren drei bis vier Bergleute mit der Aufrechterhaltung des Zugangs über die Schächte Hohenfels und Carlshall beschäftigt. Gründe für den Erhalt war die des öfteren erwogene Herstellung einer Verbindung zwischen den Kaliwerken Siegfried in Giesen und Hugo in Ilten, das in den Siebzigern bekundete Interesse des Landes Niedersachsen für die Unterbringung von Sondermüll in still liegenden Bergwerken, sowie der latente Wunsch der Kali Chemie AG zum Erwerb einer der Schächte für die Lösung des Wetterproblems ihres Sehnder Werkes Friedrichshall.

Die Unterhaltung der 400 m langen und partiell undichten Tübbingsäule im Schacht Hohenfels stellte sich aber als eine kostspielige Angelegenheit dar.



Bild Nr.2 1984: Verfüllung des Schachtes Hohenfels mit Schotter und Kies

1981 wurde die Aufgabe und die anschließende Flutung des Werkes mit Lauge von der Halde Friedrichshall beschlossen. Für den Transport der Lauge und die Einbringung über den Schacht Carlshall erstellte man eine Leitung entlang des Stichkanals nach Hildesheim, der Grubenanschlussbahn und über ein Stück freies Feld. 1983 wurden Schachtfördergerüst und Schachthalle Hohenfels abgebrochen. 1985 bis 1993 wurden die Grubengebäude beider Anlagen mit Lauge gefüllt. Schacht Hohenfels wurde schon vor Beginn der Flutung 1984 mit Schotter und Kies verfüllt. Schacht Carlshall wurde nach dem gleichen Verfahren nach Erreichen eines Flutpegels von -400 Meter verfüllt. Insgesamt wurden rund 850.000 m³ Lauge eingebracht.

Kaliwerk Carlshall in Lühnde

1907 entschlossen sich die Anteilseigner der Gewerkschaft Carlshall zum Bau eines Schachtes. Von 1910 bis 1911 wurde der Schacht bis zu einer Teufe von 830 m niedergebracht. Sohlen wurden bei 600, 700 und 800 Meter gebildet. Auf allen Sohlen wurden nur wenig wirtschaftlich bedeutende Lagerstätten aufgeschlossen. Der kurz nach Inbetriebnahme der Anlage ausbrechende Erste Weltkrieg führte sofort zu erheblichen Einschränkungen, von denen sich das Werk auch nach Friedensschluss nicht erholte. 1920 kam Carlshall in den Besitz der Burbach AG, die schon 1925 die Stilllegung verfügte. Das Werk erlangte nur eine geringe Bedeutung. Etwa 210.000 t Kali- und Steinsalz wurde zutage gefördert. Der Schacht besaß als zweiten Ausgang und Wetterschacht während der Munitionseinlagerung auf Hohenfels gewisse Bedeutung. Zeitweilig wurde auch eine geringe Menge Steinsalz, das bei der Erstellung der untertägigen Grubenbaue für die Munitionslager anfiel, über den Schacht zutage gefördert und auf der Halde verkippt. Durch Einleitung von Löschwasser zur Bekämpfung eines Brandes im Schacht im Jahr 1940 wurden die Sohlen unterhalb der 600 m Sohle geflutet und waren nicht weiter zugänglich. In den Siebzigern wurde bei Überprüfungen des Laugenstandes in einem Blindschacht ein allmählicher Anstieg des Pegels festgestellt. Anfang der Achtziger des vorigen Jahrhunderts lag die Oberfläche des Zuflusses bei ca. 650 m Teufe. Diese nicht zugängige und daher unbeherrschbare Gefahrenquelle war ein gewichtiger Faktor für die Aufgabe des Grubengebäudes, somit auch die der mit Carlshall verbundenen Baue von Hohenfels. 1983 brach man die meisten Gebäude auf dem Schachtgelände ab. 1985 bis 1993 wurden die beiden Werke über Carlshall geflutet. 1995 bis 1996 geschah die Verfüllung des Schachtes.

Bauten der Dr. Sauer - Gruppe auf Hohenfels

Schachtanlage Hohenfels

Von den um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert für den Betrieb des Kaliwerkes Hohenfels errichteten Bauten sind bis auf wenige Ausnahmen alle erhalten geblieben. Das spricht für die Qualität der Bauausführung wie auch für die verwendeten Materialien. Zusätzlich dürfte sich die eigentlich nur wenige Jahre unterbrochene Nutzung der Gebäude positiv für den Erhalt ausgewirkt haben. Verschwunden sind die in Leichtbauweise ausgeführten Gebäude, die als Magazin, Verwaltung, Kaue und Pferdestall dienten. Sie wurden schon nach Übernahme der Schachtanlage durch die Wehrmacht 1937 abgebrochen. Teilweise wurden sie durch neue aufgeführte Bauten ersetzt

Die beiden Gebäudezeilen Ost und West sind durch die Gleisanlagen voneinander klar getrennt. Im Westen der Schienen erheben sich das Fördermaschinenhaus und die ehemalige Mühle mit den Verladeeinrichtungen. Im Osten liegt das erheblich niedrigere ehemalige Kesselhaus mit dem Generatorgebäude für die Stromerzeugung. Seit 1984 ist die Schachthalle mit dem Fördergerüst verschwunden, die sich über dem heute abgegrenzten Teil des verfüllten Schachtes befanden.

Im Kesselhaus wurde der Dampf für die auf dem Werk benötigten Energie erzeugt. Als Heizmaterial kam überwiegend Braunkohle aus dem Revier bei Helmstedt zur Anwendung. Ein Teil des Dampfes wurde in den Generatoren im anschließenden Haus in Elektrizität umgewandelt. Eine erhebliche Menge diente zum Antrieb für die Fördermaschine. Der Abdampf aus der Elektrizitätserzeugung wurde zur Heizung der Gebäude verwendet.

In der Mühle wurde das Rohsalz gemahlen und über Rutschen der Verladeeinrichtung zugeführt. Entstaubungsanlagen waren im frühen 20. Jahrhundert noch fast unbekannt oder standen erst in der Entwicklung. Hinter der Mühle waren ein Labor und ein Lager untergebracht



Bild Nr.3 Schachanlage Hohenfels (s. Baustil)

Alle Gebäude weisen den um 1900 üblichen Baustil der Kaliwerke auf. Das Ziegelmauerwerk ist mit reichlichen Verzierungen (Risaliten und Blendwerken) versehen, (s. Bild Nr.3) wie sie auch bei den seinerzeit erstellten Wohngebäuden üblich waren. Große Rundbogenfenster durchbrechen die Wände, alles in allem eine repräsentationsbewusste Ausführung in der goldenen Zeit des Kalibergbaues in Deutschland.

Wasserturm und Wasserspeicher

(Gelände westlich der Schachanlage)

Der Turm und der Notwasserspeicher wurden Ende des 19. Jahrhunderts vom

Dr. Wilhelm Sauer-Konzern in aufwendiger Architektur erbaut. Unterhalb (östlich) des Hassels (eine Anhöhe wo bis 1501 die Freien unserer Gegend Gericht hielten) entspringt der Billerbach (die Beeke), der durch Bolzum und Sehnde und

dann nördlich von Dolgen, hinter dem Leierberg in die Aue fließt. Bei den Bledelner Rotten (s. Freizeitkarte ILEK Börderegion, Radtouren und Erlebnispunkte 2011) baute der Konzern einen Brunnen und eine Pumpstation. Das kalkhaltige Wasser wurde in ein Reservoir auf dem Roten Berg bzw. in den daneben stehenden 30 m hohen Turm gepumpt. Der Turmspeicher fasste bis zu 500 m³ Wasser.



Bild Nr.4 Wasserturm 1982

1926 wurde das gesamte Kaliwerk stillgelegt. Der Wasserturm musste neun Jahre später im Zuge des Munitionsanlagen-Baus (Muna) wieder voll aktiviert werden.

Da das Wasser keine gute Qualität hatte und der Verbrauch sich erhöhte, wurde Ende der 40-er Jahre teilweise Sösewasser eingespeist. Ende der 60-er Jahre war das Bledelner Wasser nicht mehr erforderlich, so dass die gesamte Anlage (Wasserturm und Pumpstation) stillgelegt wurde.

1971 musste der Turm aus Sicherheitsgründen total verschlossen werden. Die Fenster wurden zugemauert und die Tür erhielt starke Eisenbeschläge.

Anfang 1989 kaufte *Ludwig Wiederhold* das Gelände mit dem Turm, für den bereits eine Abbruchgenehmigung vorlag. Die Kuppel wurde in „Blütenblätter“ geschnitten und mit dem Wasserbehälter nach und nach abgerissen, so dass nur der Stiel stehen blieb. Danach wurde der Stiel mit Beton und neuen Klinkersteinen ummantelt. Erst dann erhielt der Rest des Turmes eine Betonplatte für Wohnraum von etwa 380 m², verteilt auf vier Ebenen. Die Wohnungen sind durch das Treppenhaus (170 Stufen) oder mit einem Fahrstuhl erreichbar.

L. Wiederhold, der aus dem Eichsfeld stammt und in der ganzen Welt aufgrund seines Berufes gearbeitet hat, erledigte etwa 70 Prozent der Gewerke mit nicht vom Fach stammenden Helfern. Der Aufbau des neuen Wiederhold-Wasserturms ist eine Leistung besonderer Art, die von allen Seiten nah und fern (auch von der Autobahn) bewundert werden kann.

Die 3 W (Wiederhold-Wasserturm-Wehmingen) können sich sehen lassen!

Pumpenhaus und Kantine

Ende des 19. Jahrhunderts entstand auf dem Grundstück der Dr.-Sauer-Str. 10 ein Pumpenhaus. Hier wurde Schichtenwasser, das in einer Tiefe von 20 m gefunden wurde, zu Tage gefördert. Im Kesselhaus der Schachanlage wurde es zu

Dampf umgewandelt. Der Dampf wurde für den Antrieb eines Generators zur Erzeugung von Elektrizität und zum Betrieb der (Dampf-) Fördermaschine genutzt.

Vor dem Pumpenhaus stand eine Kantine, nicht nur für Bergleute, sondern auch für die Öffentlichkeit.

1940-1945 war darin ein Kindergarten für Kinder im Vorschulalter aus Wirringen, Bolzum, Wehmingen Dorf und der „Alten“ Siedlung untergebracht. Man betreute nur vormittags. Als Kindergärtnerinnen waren auch Mädchen, die ihr Pflichtjahr absolvierten, tätig. Nach Aussagen von Zeitzeugen soll es keine politische Beeinflussung gegeben haben.

Ab 1946 bewohnten Flüchtlinge sowie eine aus dem Haus „Friederike“ (Kasino) von den Besatzungsmächten ausquartierte Familie die Unterkunft.

1970 wurden die Gebäude abgebrochen. Auf dem Gelände wurde ein Wohnhaus errichtet.

Holzbarackenlager von 1895

(Westlich der Schachtanlage, oberhalb des Mühlengebäudes)

Noch heute sind Fundamente der Holzbaracken-Anlage, unterhalb des Wasserturms, im Wald zu sehen. Drei große Baracken, mehrere Schuppen und ein Abort wurden Ende des 19. Jahrhunderts gebaut. In der vorderen Baracke waren die Kaue und eine Schmiede untergebracht. In der hinteren waren die Verwaltung und ein Magazin. In der dritten Baracke befanden sich die Stallungen der Arbeitspferde für die Grube. Ein täglicher Wechsel der Tiere war anfänglich vorgesehen, später wurde wöchentlich gewechselt. Die Tiere erholten sich auf dem Gelände nördlich des Wasserturms.

Ab **1939** wurden die Verwaltungs- sowie die Kauenbaracke als größeres Magazin eingerichtet. Die Stallungen wurden nicht belegt.

1946 zogen in die Magazinbaracken etwa 15 Flüchtlingsfamilien ein.

Als sich 1960 die Möglichkeit ergab, die Familien in den Steinbaracken (Camp) s.u. unterzubringen, konnten die Notunterkünfte geschlossen und abgerissen werden.

Haus „Friederike“ (Villa I) und Haus „Georg“ (Villa II)

Das Haus für den Konzernherrn *Dr. Wilhelm Sauer* (Villa I) wurde oberhalb der Schachtanlage um die Jahrhundertwende vom Maurermeister Louis Kruse aus Ilten gebaut. Die gewählte Lage war charakteristisch für den Wohnort damaliger Führungspersonen: erhöht und abgesondert. Besonderheiten waren zusätzlich der Taubenturm, die Voliere und das Gartenhäuschen. *Dr. Sauer* bewohnte das Haus allein.

Auch der Direktor der Schachtanlage wohnte mit seiner Familie abgesondert in Villa II. Dieses Haus wurde im Baustil wesentlich einfacher gestaltet.



Bild Nr.5 Haus Friederike (Villa I)

Ab 1930 übernahm der Hannoversche Landeskriegerverband die Liegenschaften und richtete in beiden Häusern - mit großem Erfolg - ein Erholungsheim ein. Aufgrund seiner Verbindungen zum englischen Königshaus wurde Villa I „Friederike“ und Villa II „Georg“ genannt. Die Bewirtschaftung war allerdings von kurzer Dauer, weil nach der „Machtübernahme“ 1933 die Tätigkeit auf Hohenfels aufgegeben wurde, aus politischen Gründen. Die Ziele des Verbandes waren den Nazis ein Dorn im Auge. Beide Häuser wurden aber weiter als Erholungsheim betrieben.

Ab 1939 wohnten im Haus „Friederike“ Offiziere der Wehrmacht mit ihren Familien. Im Haus „Georg“ wurde der Fördermaschinist mit seiner Familie untergebracht.

1945 mussten die Bewohner beider Häuser die Wohnungen räumen. Der Kommandeur der englischen Besatzungstruppen - mit Stöckchen herumlaufend ! - richtete sich in „Friederike“ ein. In Haus „Georg“ bezogen englische Offiziere ein.

Zur Bundeswehrzeit **1973** übernahm das Bataillon 720 Haus „Friederike“ und richtete dort einen Sanitätsbereich sowie ein Unteroffiziers-Heim ein.

Nachdem die Bundeswehr-Einheit nach Hannover verlegt worden war, blieb das Haus Friederike für 3 Jahre ungenutzt. **1976** wurde es verkauft. Um „Friederike“ als Familienhaus zu nutzen, waren viele Um- und Einbauten im Innenbereich erforderlich.

Haus „Georg“ wurde seit 1958 nicht mehr vom Militär genutzt. Beschäftigte der Firma Kali und Salz hatten Vorrechte, die Wohnungen zu mieten. **1999** kaufte einer der Mieter das Anwesen.

2007 richtete der Sturm Kyrill große Schäden im Außenbereich an. Die Reparaturen mussten in Abstimmung mit der nun zuständigen Denkmalbehörde durchgeführt werden. Dabei wurde jetzt der Baustil des Hauses im Urzustand wieder hergestellt.

Im Sommer, wenn die Region Hannover zum Besuch besonderer Gartenanlagen einlädt, werden die Häuser „Friederike“ und „Georg“ von vielen Besuchern bewundert.

Militärische Nutzung von Hohenfels

Heeresmunitionsanstalt Sehnde 1937 bis 1945

Nach dem endgültigen Aus des Kalibergbaus auf Hohenfels 1928 stellte sich bis 1937 Stille am Roten Berg ein. Die Gleise der Anschlussbahn nach Algermissen wurden abgebaut, die Einrichtungen der Salzmühle und der Verladung wurden auf Schwesterwerke der Wintershall AG verteilt. Nur das Kesselhaus war zum Betrieb der Dampffördermaschine noch voll eingerichtet, da die Wartungsarbeiten im Schacht weiterhin durchgeführt werden mussten.

Aber über Nacht wurde das Bergwerk für eine neue Aufgabe gebraucht.

Die schon von der Weimarer Republik betriebene geheime Erneuerung der Bewaffnung und Ausrüstung des 100.000-Mann-Heeres bekam nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten eine neue Dimension. Nach nur kurzer Zeit entschied das neue Regime die Rückkehr zu einer offenen Wiederaufrüstung und ab 1935 zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Dieser Beschluss setzte auch die Beschaffung und Lagerung von Munitionsbeständen voraus, und für diese Aufgabe kamen die große Anzahl still liegender Kalibergwerke ins Kalkül. Erstens bot die unterirdische Lagerung große Sicherheit gegen die mögliche Einwirkung durch feindliche Luftstreitkräfte, zum anderen würden ein Erwerb von Flächen und der Bau entsprechender Einrichtungen mit dem notwendigen Sicherheitsstandard im dicht besiedelten Deutschland entfallen. Schon 1934 wurden im außer Betrieb befindlichen Kaliwerk Bernterode unweit von Duderstadt Versuche für eine Einlagerung von Munition durchgeführt. Die dabei erworbenen Erkenntnisse führten zu der Bestätigung, dass in Kaligruben in bestimmten Salz-

formationen eine Sprengmittellagerung ohne weiteres möglich ist. Für die Provinz Hannover bekam das Oberbergamt Clausthal die Aufforderung, für Heereszwecke entsprechend geeignete Gruben zu benennen. Insgesamt wurden schließlich acht Anlagen für die Einlagerung von Munition und anderen wehrwirtschaftlich notwendigen Stoffen ausgesucht und auch betrieben.

Nachfolgende Werke oder Schächte wurden zu unterschiedlichen Zeiten von der Wehrmacht übernommen.

	<u>Name</u>	<u>Ort</u>	<u>Datum</u>
1	Erichsegen	Lehrte	15.04.1935
2	Desdemona I/II	Godenau	15.04.1935
3	Heidwinkel I/II	Grasleben	01.08.1937
4	Fürstenhall	Ahrbergen	01.08.1937
5	Riedel	Hänigsen	15.05.1938
6	Wittekind - Hildasglück	Volpriehausen	01.06.1938
7	Hohenfels - Carlshall	Sehnde	20.01.1939
8	Hildesia – Mathildenhall	Diekholzen	01.11.1939

(Die in der Tabelle enthaltenen Datumsangaben beziehen sich auf die formelle Übernahme der Kaliwerke durch das Feldzeugkommando XXX in Kassel, das für die Organisation und Betrieb der Munitionsanstalten seit dem 01.05.38 geschaffen wurde).

Vorbereitung der militärischen Nutzung von Hohenfels

Vom Generalkommando des Heeres in Berlin wird unter dem Aktenzeichen XI.A.K. – Abt. N. Az. 47a/37 an das Oberbergamt in Clausthal-Zellerfeld eine Anfrage nach Möglichkeiten der Einlagerung von Munition in Kalibergwerken gestellt.

Vom OBA wird das stillgelegte Kaliwerk Hohenfels der Wintershall AG für diese Zwecke vorgeschlagen.

Das OK des Heeres plant am 21.05.1938 einen Sprengversuch in dem Kaliwerk Hohenfels zur Überprüfung der möglichen Form der Munitionslagerung durchzuführen, denn für die Einlagerung von Munition in Salzbergwerken waren besondere Sicherheitsbestimmungen erlassen worden, um bei

einer Detonation einer Kammer die Explosion benachbarter Lager zu verhindern. Die hierzu notwendigen bergmännischen Arbeiten stellten einen erheblichen Kostenfaktor dar, zu dessen Verminderung einige Anstrengungen unternommen wurden.

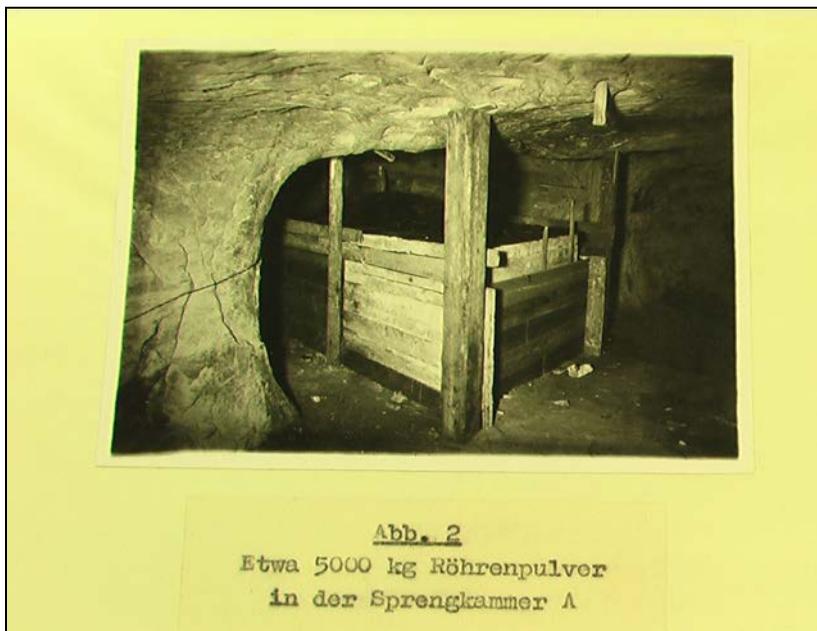


Bild Nr.6 Sprengstofflagerung für den Versuch 1938

Auf der 600 m Sohle im südlichen Grubenfeld der Schachanlage Hohenfels zum Beispiel bot sich durch die Besonderheit der vorhandenen Grubenbaue zumindest die Möglichkeit eines Versuches für eine andere Form der Lagerung an. Hier sollten abgetrennt durch Salzdämme in voller Höhe des Streckenquerschnittes und von ca. 5 Meter Stärke jeweils 100 t Sprengstoff gelagert werden. Durch Zündung eines Lagerbestandes sollte die Wirksamkeit der Abdichtung gegenüber benachbarter Mengen geprüft werden.

Am 12.11.1937 fand eine Vorbesprechung in Hohenfels statt. Wir zitieren aus dem Protokoll:

Teilnehmer sind:

- die Heeresfeldzeugverwaltung XI Berlin
- das Preußische Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld
- die Firma Wintershall AG
- die Firma Tiefbau- und Kälteindustrie AG Nordhausen

Einzelheiten zur Durchführung des Sprengversuchs werden besprochen. Bei einer anschließenden Grubenfahrt werden die Örtlichkeiten besichtigt.

Die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten sollen von der Fa. Tiefbau- und Kälteindustrie AG Nordhausen, die mit den Schachtarbeiten in Hohenfels von der Wintershall AG beauftragt ist, durchgeführt werden.

Die Kosten werden auf „roh“ 5000 RM geschätzt.

Ein Betriebsplan (B-Plan) soll von der Heeres-Feldzeugverwaltung XI erarbeitet werden.

Die notwendigen Untersuchungen der Grubenwetter (Atemluft) wird die Chemisch-Technische Reichsanstalt, Abt. Physik, in Berlin - die heutige Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig (PTB) - durchführen.

Für die Sicherheit soll die Hauptrettungsstelle der Sektion III der Knappschaftlichen Berufsgenossenschaft in Clausthal einen Ablaufplan erarbeiten. Bei dem Versuch sollen die Grubenwehren der Kaliwerke Bergmannsseggen, Niedersachsen, Siegfried-Giesen und die Gasschutzwehr von Erichseggen eingesetzt werden.

Am 04.02.1938 wird von der Heeres-Feldzeugverwaltung XI Berlin der Betriebsplan eingereicht. Hierin werden die Arbeitsabläufe vor, während und nach dem Sprengversuch akribisch beschrieben.

Am 21.05.1938 wurden in einer Kammer auf der 600 m Sohle 5 t Schwarzpulver gezündet. Die Detonation war in der Nähe des Schachtes nur durch ein Rauschen festzustellen. Die anschließende Begehung des Sprengortes verzögerte sich

durch die nur schlecht abziehenden Sprenggase bis zum 09.06.1938. Hierbei wurde festgestellt, dass das in der Nebenkammer lagernde Explosionsmaterial zwar nicht detoniert, wohl aber verbrannt war. Außerdem waren einige weitere Kammern in erheblichem Maße mit aufliegendem Haufwerk verunreinigt, so dass die Explosivstoffe unbrauchbar geworden waren.

Nach dem eher wenig erfolgreichen Versuch einer „billigen“ Lagerung von Munition scheint sich die Ansicht durchgesetzt zu haben, die Unterbringung in besonderen Kammern zu bevorzugen. In Hohenfels wurden im Anschluss im Nordfeld auf mehreren Sohlen entsprechende Grubenbaue hergestellt.

Vertrag zur Übernahme des Schachtes Hohenfels durch das Militär

(Leseabschrift des Originalvertrages)

Übergabeverhandlung

*(gemäß Erlass Ch.H.Rüst. u. BDE. 63 h 38 Bw VA/ag V IV/V7
(XIII) Nr.3094/40 geh. vom 2.12.1940)*

Entsprechend obigem Erlass treten am heutigen Tage zwecks vorläufiger Übergabe und Übernahme des Schachtes Hohenfels einschließlich Fördermaschine und Fördereinrichtung, Schachtheizung und Sumpfpumpe von der Firma Gebhardt & König

- als Übergebende: Steiger Buschmann,
stellvertretender Betriebsführer*
- vom Heeres-Bauamt Hildesheim: Dipl.-Ing. Cremer*
- von der Heeres-Standortverwaltung: Kriegsverwalter
Inspektor Wählich*
- von der Heeres-Munitionsanstalt: Oberleutnant (W) Krege
(letzterer als Übernehmer der Bauanlage)*

zusammen.

Obige Anlagen werden mit Wirkung vom 1.1.1941 vorläufig übergeben bzw. übernommen.

Mit gleichem Tag geht die bergpolizeiliche Verantwortung gem. §73 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24.6.1865 an den Bergfachmann der Heeres-Munitionsanstalt, den Steiger Ewald Wulfes, über.

Die für den Betrieb des Schachtes fehlenden Mannschaften und zwar:

- 3 Fördermaschinenisten*
- 7 Anschläger*
- 1 Schachthauer*
- 1 Aufsicht für die Schachtheizung*

werden der Heeres-Munitionsanstalt von der Firma Gebhardt & König zur Verfügung gestellt.

Alle weiteren Vereinbarungen bleiben einer späteren Regelung zwischen der Firma Gebhardt & König, W.V.IX und dem Fz. Kdo. XXX vorbehalten.

Dem stellvertretenden Amtsvorstand der H.St.O.V. werden für die Seilfahrt des Schachtes Hohenfels nachstehende Betriebsunterlagen übergeben:

- 1 Seilfahrtsbuch*
- 1 Seilprüfungsbuch*
- 1 Zechenbuch*

Die fehlende Seilfahrtskonzession befindet sich zwecks Genehmigung bei der Bergbehörde.

Ferner wurden übernommen:

- 2 Reservekörbe*
- je ein Ober- und Unterseil*

Die zeichnerischen Unterlagen für Sumpfpumpe und Schachtbeheizung werden nachträglich übergeben.

Wehmingen, den 31.Dezember 1940

*Gez.: Buschmann, Firma Gebhardt & König
Cremer, Heeres-Bauamt Hildesheim
Wählisch, Heeres-Standortverwaltung Sehnde
Krege, Heeres-Munitionsanstalt Sehnde*

Baumaßnahmen für die Heeresmunitionsanstalt

Vorbereitung in Wehmingen

Auf dem stillgelegten Wehminger Kaliwerk begann das Heeresbauamt II mit den Umbauarbeiten zu einer Heeresmunitionsanstalt.

Der Wehminger Bürgermeister *Louis Rautenberg* wurde in einem Brief gebeten, den für die Erweiterung des Übertage-Bereiches notwendigen Kontakt zu betroffenen Grundeigentümern herzustellen.

Acht Monate später unterschrieb man den Vertrag mit den Landwirten, die „ ihr Land ... dem Reiche sofort zur Verfügung stellten“.

Die betroffenen Grundstückseigner wurden entweder durch Zuweisung von Ersatzflächen oder Zahlung entsprechender Geldbeträge entschädigt.

Es sei hinzugefügt, dass man sich betreffs des Kalivertrages mit der Gemeinde Wehmingen und anderen Beteiligten einigte.

Die Schachtanlagen auf Hohenfels wurden vom Deutschen Reich gepachtet. Die Förderanlagen mussten für die neue Nutzung verändert werden. Beide Fördergerüste erhielten zusätzliche Stahleinbauten. Die Dampffördermaschine auf Hohenfels wurde durch eine erhebliche stärkere und elektrisch angetriebene Maschine ersetzt.

Das Deutsche Reich in seiner Eigenschaft als Pächter zahlte die anfallenden Gelder.

Eigentlicher Vertragspartner war die Wehrkreisverwaltung XI. Praktisch übernahm die Wehrmacht das gesamte Gelände von ca. 30 ha.

Ausgenommen von der Verpachtung waren die Förderanlagen, die Betriebsgebäude, die Bahnanlagen und die auf das Werk entfallende Beteiligungsquote, die im Besitz der Wintershall AG blieben.

Die Hannoversche Hoch- und Tiefbau-Gesellschaft *Fritz Schuppert* errichtete 24 Werkwohnungen sowie weitere elf Betriebsgebäude auf dem Gelände.

Hier wurden überwiegend von Frauen Munitionssäckchen für die Zündladung von Granaten genäht und befüllt. Weitere Einzelheiten sind nicht bekannt.

Die Heeresmunitionsanstalt Sehnde, so der offizielle Name, war durch ihre langgezogene, bogenförmige Form so angelegt, dass eine Aufklärung aus der Luft erschwert wurde. Aus Gründen der Tarnung durfte dabei kein Baum aus dem vorhandenen Bestand gefällt werden. Umfangreiche Anpflanzungen von Bäumen und Büschen wurden angelegt, die das Gelände heute so erhaltenswert machen.

Anfänglich waren ausschließlich deutsche Arbeitskräfte beschäftigt. Sie stammten aus der unmittelbaren Umgebung oder waren als „Kriegshilfsdienstverpflichtete“ (KHV) zur Arbeit in der Muna angestellt. Unter dieser Bezeichnung kamen hauptsächlich Frauen aus allen Gebieten Deutschlands zum Einsatz. Sie waren in den Steinbaracken untergebracht. Die Belegschaft war nach Angaben von Zeitzeugen um 1000 Personen stark. Der Transport der Arbeitskräfte aus den naheliegenden Dörfern geschah auch durch die Werksbahn. Die anfänglich benutzten Güterwagen wurden in 1940 durch französische Personenwagen ersetzt.

Der eigentliche Lagerkomplex bestand aus fünf Holzbaracken, neun Steinbaracken und den drei Magazinbaracken. Hier waren, nachdem die zivilen Arbeiter fast alle zur Wehrmacht eingezogen waren, bis zu 500 Zwangsarbeiter untergebracht, die in der Munitionsproduktion arbeiten mussten und teilweise unter ebenso fragwürdigen wie menschenverachtenden Arbeits- und Lebensbedingungen von der „SS gestellt“ wurden.

Untertage wurden neue Kammern für die Lagerung von bis zu 10.000 Tonnen Munition in das Salz gesprengt.

Übertage wurde der Eisenbahnanschluss nach Algermissen, der früher schon einmal bestanden hatte, auf der alten Trasse wieder hergestellt.

Im ca. 8 km entfernten Clauen existierte eine weitere Nebenfüllanlage. Hier wurden monatlich rund 1000 t Sprengstoff in Bomben und großkalibrige Granaten gefüllt.

Der Bau der Munitionsanstalt erfolgte zwischen 1937 und 1939.

Bis zum 22. Oktober 1939 wurden ausgegeben:

- 6,083 Mio. Reichsmark für Untertagearbeiten, die durch die Kalischächte Hohenfels und Carlshall zugänglich waren
- 1,294 Mio. Reichsmark für den Eisenbahnanschluss von Hohenfels nach Algermissen
- 3,700 Mio. Reichsmark für die Werksgebiete Hohenfels und Carlshall
- 3,085 Mio. Reichsmark für die Munitionsfertigung beim Werk Hohenfels mit Arbeits- und Lagerhäusern sowie „Wohlfahrtsgebäude“ (z.B. Kindergarten)
- 1,473 Mio. Reichsmark für das Wohngebiet beim Werk Hohenfels und für die Unterbringung der Beschäftigten

Die Summe aller bezahlten Rechnungen durch das Heeresbauamt in Hildesheim betrug 15,635 Mio. Reichsmark.

Ein Ereignis, das sogar die weitere Nutzung der Grube für Munitionseinlagerung in Frage stellte, ereignete sich im Oktober 1940 im Schacht Carlshall. In der Nacht vom 20. zum 21. Oktober wurde ein Brand im Schacht festgestellt, zu dessen Bekämpfung erhebliche Anstrengungen unternommen werden mussten. Allein für die Beschaffung ausreichenden Löschwassers war eine 1500 m lange Leitung vom Hildesheimer Stichkanal zu legen, über die dann Wasser in den Schacht gepumpt wurde. Das Feuer galt am 23.10.1940 als gelöscht. Als Ursache ermittelte man Schweißarbeiten an einer Schwenkbühne auf der 600 m Sohle, die letztlich den hölzernen Schachtausbau in Brand gesetzt haben dürften. Die Menge des eingeleiteten Löschwassers überflutete die Grubenräume unterhalb der 600 m Sohle, die danach nicht mehr zugänglich waren. Die gesamten Schachteinbauten waren zerstört, wurden aber umgehend wieder instand gesetzt.

Die Munitionsanstalt war während des Krieges nie Ziel eines Fliegerangriffes. In der Feldmark wurden nur zwei Blindgänger gefunden, die sicherlich nicht der Muna galten.

1943 kam es zu einem folgenschweren Unglück. In der Pulverfüllanlage starben acht Frauen nach einer Explosion.

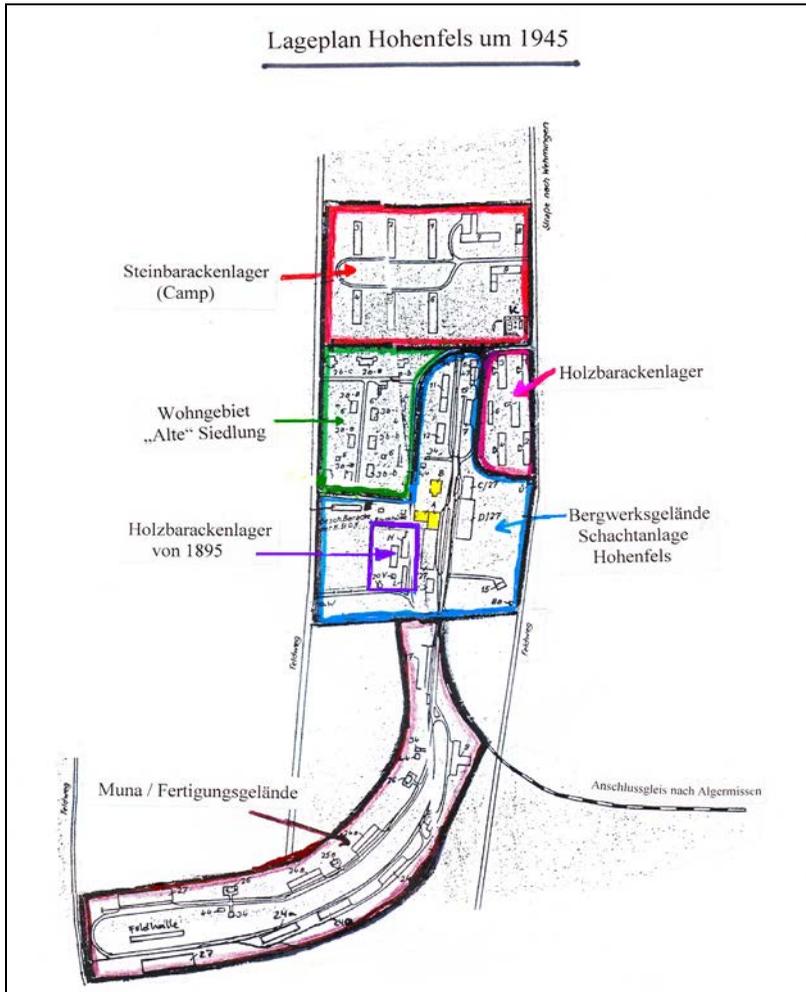


Bild Nr.7 Lageplan Hohenfels um 1945

(s. Titelbild: Hohenfels heute)

Holzbarackenlager von 1936

1920 Dort, wo später das Holzbarackenlager entstehen sollte, wurde durch *Dr. Wilhelm Sauer*, Eigner der Schachanlage Hohenfels und gleichzeitig der 1. Vorsitzende des MTV Wehmingen, ein Sport-, Turner- und Leichtathletiksportplatz eingeweiht.

1933 wurde der Platz vom MTV Wehmingen aufgegeben, weil die Gemeinde Wehmingen auf dem Gelände der Ziegelei eine neue Anlage baute. Dieser Platz wird heute, nachdem zusätzlich noch ein Sportheim mit Schießstand entstanden ist, noch genutzt.

1936 Bau des Holzbarackenlagers

Fünf einfache Holzbaracken, ohne Zentralheizung aber mit Duschen und WC. In die Unterkünfte zogen Facharbeiter ein, die aus dem gesamten Reich kamen. Sie haben das Schachtgelände zur Muna aus- und umgebaut. Außerdem entstanden durch sie das Steinbarackenlager und die „Alte“ Siedlung Hohenfels.

1940-1945

Die Baracke 1 war nach 1941 mit jungen Ukrainerinnen belegt. Die Baracke 2, die durch einen Stacheldrahtzaun besonders gesichert war, diente zur Unterbringung russischer Kriegsgefangener.

In den Baracken 3 und 4 lebten Ukrainer, Italiener und kleine Gruppen aus anderen Staaten. Diese Männer und Frauen konnten sich frei bewegen. Zu welchem Arbeitseinsatz sie kamen, ist unbekannt. Die Gesamtzahl der Ausländer wird auf 350 geschätzt.

Die russischen Kriegsgefangenen wurden überwiegend Untertage beschäftigt. Einige hatten aufgrund von Lokführerprüfungen bessere Arbeitsbedingungen.

Manche Russen wurden von deutschen Familien für Hausarbeit, Gartenpflege oder zum Holz hacken angefordert. Offiziell durften sie kein Essen erhalten oder Geld annehmen. Während der Ausgänge, die in „Reih und Glied“ stattfanden, trugen die Russen einfache Uniform (Schiffchen, langen

Wintermantel und Stiefel). Ob weitere Kleidung für sie vorhanden war, ist nicht bekannt.



Bild Nr.8 Holzbarackenlager

6 Kriegsgefangene sind während dieser Zeit verstorben. Sie wurden auf dem Wehminger Friedhof nach russischen Ritualen beigesetzt. Bei ihren Gräbern befindet sich jetzt ein Gedenkstein mit Tafel.

1945 Kurz vor Ende des Krieges wurden die Russen von Algermissen aus mit dem Zug abtransportiert. Ihr Verbleib ist unbekannt. Ukrainer und Polen sind nach der Befreiung durch die Alliierten mit Plünderungen und durch Totschlag eines deutschen Aufsehers aufgefallen. Einige junge Ukrainerinnen konnten in Wehmingen und Umgebung in Familienhaushalten Arbeit finden.

Nähere Einzelheiten über das Leben der Zwangs- bzw. Fremdarbeiter auf Hohenfels, wie diese behandelt und ernährt wurden, über ihre genaue Anzahl, ihre gesundheitliche Situation und wo sie schließlich nach dem Krieg verblieben, sind leider nicht mehr zu ermitteln.

Diverse Anfragen bei Archiven und Behörden blieben erfolglos. Auch ein Gespräch mit Prof. Michael Burgmiller vom Historischen Seminar Hannover, der mit Studenten umfang-

reiches Material zur damaligen Situation auf Hohenfels erarbeitet hat, erbrachten keine neuen Erkenntnisse.

Das liegt zum Teil an nach so langer Zeit nicht mehr vorhandenen oder nicht mehr auffindbaren Daten, aber wohl auch daran, dass noch vorhandene Informationen in den Archiven der damals betroffenen Betriebe lagern. Sie sind also quasi deren Privatbesitz und somit nicht öffentlich zugänglich.

Steinbarackenlager von 1936

1936 Das vorgesehene Baugelände wurde von einem Wehminger Landwirt bewirtschaftet. Er war nicht bereit, Tauschland aus Wirringen, Müllingen oder Bledeln anzunehmen. Letztlich musste er die Fläche gegen eine geringe Entschädigung abgeben.



Bild Nr.9 Das Steinbarackenlager (genannt Camp)

1937/38 entstehen 5 lange, eingeschossige Wohnbaracken aus Stein, teilweise sogar mit Dampf-Zentralheizung. Ein zusätzliches Gebäude diente als Küche und Saal, ein kleinerer Block als Unterkunft für das Führungspersonal und die Verwaltung sowie eine Kantine.

1940/45 In einer Wohnbaracke wohnten zum Kriegshilfsdienst verpflichtete junge Frauen aus dem Deutschen Reich. Sie hatten in der Muna zu arbeiten.

In den weiteren Baracken waren verwundete deutschen Soldaten untergebracht (Lazarett). Einen weiteren Block belegten deutsche Soldaten, die u.a. die Flugabwehrkanonen in der Umgebung bedienten.

Das Gelände war eine besondere Siedlungsanlage ohne Umzäunung.

„Alte“ Siedlung Hohenfels von 1938

1936/37 Die Heeres-Standortverwaltung übernahm das Land unterhalb der Villen und plante die Siedlung. Bis dahin war die Fläche als Obstbaumwiese genutzt worden.

1938 entstanden 10 Doppelhäuser für hochrangige Offiziere des Militärs, Feuerwerker, Verwaltungsangestellte, Handwerker sowie für den verantwortlichen Steiger der Schachtanlage und den Parteifunktionär.

Haustyp C hat 135 m² Wohnfläche, eine eigene Garage, voll unterkellert, mit WC und Bad sowie eine eigene Waschküche. Grundstücksgröße ca. 1100 m² (Gustav-Dehnhardt-Straße, 2 Doppelhäuser).

Haustyp B ca. 90 m² Wohnfläche, ohne Garage, jedoch teilweise mit Stallgebäude, manche voll unterkellert, mit Bad und WC. Die Eingänge sind mit einem schmiedeeisernen „F“ – für Feuerwerker - gekennzeichnet. Grundstücksgröße 600 - 800 m² (von-Dannenberg-Straße, 6 Häuser). Außerdem entstanden 3 Garagen und eine Sammelwaschküche.

Haustyp A ca. 60 m² Wohnfläche, ohne Garage, mit Stallgebäude, nicht unterkellert, Grundstücksgröße ca. 800 m² (Dr. Sauer-Straße, zwei Häuser).

Weiter wurden ein Freibad und zusätzlich ein Reitpferdestall gebaut, beide gegenüber dem Haus „Friederike“. Ab 1946 diente der Stall einer Flüchtlingsfamilie als Unterkunft.

Unterhalb des Wasserturms - östlich - wurde ein Tennisplatz angelegt.

Die Schulungs-Holzbaracke zur „Braunlichtbestrahlung“ und zur Unterbringung französischer Kriegsgefangener wurde seitlich der Dr.-Sauer-Straße errichtet. Später wurde diese Baracke in das Camp umgesetzt.

Auf dem Grund und Boden entstand eine kleine Gärtnerei.

Schilderung des Kriegsendes im Raum Wehmingen

Der letzte Befehl!

*„Es bringe die Brück'
Euch Segen und Glück!“*

*lautete ein Telegramm zu unserem Hochzeitstag am
29.November 1945.*

Wie kam es zu diesem eigenartigen Text?

Es war Anfang April 1945. Der schreckliche Krieg neigte sich seinem Ende entgegen. Die Front näherte sich mehr und mehr dem Raum Hildesheim - Hannover.

Vor Jahren zum Soldaten im Feuerwerkerdienst ausgebildet, war ich seit einem halben Jahr an eine Heeresmunitionsanstalt (Munitionsherstellung und -lagerung, Bereitstellung von Munitionszügen für die Front, Sprengung von Blindgängern, etc.) versetzt. Das Werk umfasste ein weiträumiges Gelände mit zahlreichen Gebäuden. Mehrere hundert Menschen, darunter viele dienstverpflichtete Frauen und junge Mädchen aus den umliegenden Ortschaften, waren dort beschäftigt. Durch ein Nebengleis von ca. 2 km Länge hatte das Werks-gelände Anschluss an die Hauptstrecke der Bahn. Die Neben-strecke führte über eine Brücke über dem Hildesheimer Zweigkanal.

Schon seit etlichen Wochen war die Eisenbahnbrücke mit mehreren Tonnen Sprengstoff geladen. Als vorauszusehen war, dass es keine Ablösung mehr geben würde, bekam ich den Befehl, bei Herannahen des Feindes die Kanalbrücke zu

sprengen, nicht zu früh und nicht zu spät! wurde mir noch mit auf den Weg gegeben.

Soweit ich mich entsinnen kann, war es am übernächsten Tag, als ich zufällig erfuhr, dass sich die deutschen Truppen bereits weit ins Hinterland abgesetzt hatten. So stand ich mit einigen Volkssturm Männern, fern meiner südbayrischen Heimat, ziemlich einsam und verlassen an der Bücke und harpte der Dinge, die da kommen sollten.

In diesen Tagen des Wartens strömten immer wieder Gruppen von Menschen über die Brücke. Dazu muss man wissen, dass drüben an der Hauptstrecke ein Riesenlager (in Ummeln) war, das die Menschen wie ein Magnet auf sich zog. In einem großen Gebäude lagerten Unmengen von Kleidern, Anzügen, Wäsche, Spirituosen aller Art usw., alles Dinge, die im Laufe des Krieges immer knapper geworden waren. Die Kunde, dass das Lager wegen der Frontnähe kurzfristig zur Plünderung freigegeben war, hatte sich im weiten Umkreis wie ein Lauffeuer verbreitet.

Einmal erschienen aus dem naheliegenden Dorf ältere Männer mit Schaufeln und Spaten. Um die Brücke vor der Zerstörung zu bewahren, wollten sie die Sprengladungen im Kanal versenken. Sosehr ich ihren Standpunkt verstehen konnte, so energisch musste ich mich gegen ihr Vorhaben wehren. Denn solange ich nicht von der Front überrollt war, war ich vor dem Zugriff der deutschen Militärjustiz keineswegs sicher. Auf keinen Fall wollte ich im letzten Moment vom Standgericht (militärisches Schnellgericht) wegen Befehlsverweigerung zum Tode durch Erschießen verurteilt werden.

Die Brücke liegt zwischen der Hauptstrecke der Bahn und der Hauptstraße (gemeint ist die Brücke über den Stichkanal Hildesheim). Im Stillen rechnete ich damit, dass die generischen Truppen, zumal sie in diesem Raum keinen Widerstand mehr zu erwarten hatten, auf der Straße vorrücken und die Brücke eventuell gar nicht berühren würden. Aber es kam ganz anders, was kaum jemand erwartet hatte, trat ein.

Die amerikanischen Panzer stießen unbemerkt den Bahndamm entlang weiter vor. Es mag um die Mittagszeit gewesen

sein, als die Panzer urplötzlich vor dem großen Warenlager standen. Die überraschten Menschen, hauptsächlich Frauen, stürmten in großer Zahl in panikartiger Flucht auf die Brücke zu.

"Alles rennet, rettet, flüchtet....." heißt es in Schillers „Lied von der Glocke“. Plötzlich kreisten einige Aufklärungsflugzeuge über der Bücke. Von ihren Panzern aus schossen die Amerikaner mit Maschinengewehren auf die Brücke. Hauptsächlich wegen des MG-Feuers geriet die Menge immer mehr in Panik und staute sich am Kanalufer. Angst, Furcht und Entsetzen zeichneten die Gesichter. Es herrschte ein heilloses Durcheinander, ein Chaos.

Zur Ehre der Amerikaner muss ich nun einfügen, dass sie hoch über die Köpfe der Flüchtenden hinweg schossen. Dies konnte ich an der rötlichen Leuchtspurmunition eindeutig feststellen. Es gab weder Tote noch Verletzte. Nach dem Krieg konnte man erfahren, dass nicht überall flüchtende Zivilpersonen von Massakern verschont blieben.

Gewiss brauche ich nicht zu schildern, was geschehen wäre, wenn ich mich in dem Augenblick stur an den Befehl gehalten hätte. Es wäre nicht nur die Brücke in die Luft geflogen. Ein im wahrsten Sinne des Wortes entsetzliches Blutbad wäre die Folge gewesen. Zu den Opfern hätte übrigens auch meine zukünftige Schwiegermutter gezählt, was ich aber zu dem Zeitpunkt nicht ahnen konnte.

Heute vermag ich nicht mehr zu sagen, wie lange der Tumult, vielleicht besser gesagt, der „Spuk“, an der Brücke gedauert hat. Jedenfalls, so plötzlich wie er begonnen hatte, so plötzlich endete er auch wieder. Die Amerikaner stellten das Feuer ein. Für sie war die Brücke im Grunde genommen ein höchst unbedeutendes Objekt, eine Bagatelle. Die schockierten Menschen, einzig und allein von Gedanken an Flucht allein beherrscht, verliefen sich sehr schnell in alle möglichen Richtungen. Die amerikanischen Soldaten legten drüben am großen Warenlager eine Marschpause ein.

Die erbeuteten Alkoholika mögen dazu beigetragen haben?

Unversehens stand ich ganz allein an der Brücke. Es herrschte auf einmal eine unglaubliche Stille und Ruhe. Die Brücke jetzt zu sprengen kam mir wahrhaftig nicht in den Sinn, zumal mir durchaus bewusst war, dass ihre Zerstörung in diesem Stadium des Krieges in jedem Fall ein total sinnloses Unternehmen gewesen wäre. Aber wann gab es in diesem Krieg schon einmal ein sinnvolles Stadium? Ganz gewiss nie. Der ganze Krieg war von Anfang bis Ende ein völliger Wahnsinn!

Aber, man sagt: „Der liebe Gott kann auch auf krummen Linien gerade schreiben“.

Schließlich verließ auch ich die heile Brücke, begab mich auf die Hauptstraße und zog mich ins nächste Dorf (gemeint ist Bolzum) zurück. Weil immer wieder einzelne Flugzeuge das Dorf im Tiefflug überflogen, suchte ich Schutz im Keller eines Hauses am Dorfeingang. Dort traf ich auf verängstigte Menschen, die jeden Augenblick amerikanische Soldaten erwarteten. Mit Karabiner und Pistole bewaffnet, war ich da ein äußerst unwillkommener Gast. Dies gab man mir auch sehr deutlich zu verstehen. Daher verließ ich den Keller wieder und wollte mich in Gefangenschaft begeben.

Nach wenigen Schritten auf der Dorfstraße öffnete sich rechter Hand ein Fenster im ersten Stock eines zurückliegenden Hauses. Ein junges Mädchen - heute sagt man eine junge Frau - rief mir zu: „Herr H., wo wollen Sie denn hin? „Ich will mich gefangen nehmen lassen“, war meine Antwort. „Kommen Sie herauf und ziehen sich um!“ Wirklich, nur ein paar Schritte und ich wäre aus ihrem Blickfeld gewesen. Sie kannte mich, da sie auf dem Werk ebenfalls seit einem halben Jahr dienstverpflichtet war. Als ich ihr Gesicht sah, war mir das voll bewusst. Das war in der Tat auch alles, was ich von ihr kannte und wusste.

So war ich ganz unverhofft in eine Situation geraten, die eine sehr schnelle Entscheidung forderte. Ich muss zugeben, so ganz ohne Bedenken fiel mir die Entscheidung nicht. Umziehen? Immerhin war ich seit sieben Jahren, wenn auch nicht freiwillig, Soldat. Mitunter wird das weitere Schicksal

eines Menschen in wenigen Sekunden entschieden. Aber was ist Schicksal?

Ich stieg in dem fremden Haus die Treppe hoch, entledigte mich meiner Uniform und schlüpfte in den geschenkten Zivilanzug. Ein erlebnisreicher Tag ging zu Ende.

Am nächsten Tag beschoss deutsche Artillerie das überrollte Dorf. Noch einmal drohte Gefahr. Eine Granate explodierte unmittelbar vor dem Haus. Im Bereich der gefährlichen Splitterwirkung standen einige überraschte Leute, unter ihnen auch die junge Frau.

Gott sei Dank wurde niemand verletzt. Etliche Splitter durchschlugen das Gebälk des Fachwerkbauwerks. Zum letzten Male in diesem langen Krieg ging ich vor Geschossen in Deckung.

Doch so ohne weiteres sollte für mich die Soldaten- und Kriegszeit noch nicht zu Ende sein. Nach drei Wochen Aufenthalt im Haus, genauer gesagt, sechs Tage vor der Kapitulation, spürten mich die Amerikaner doch noch auf. Drei Monate Gefangenschaft unter freiem Himmel in amerikanischen und britischen Hungercamps waren die Folge. Gewiss keine angenehme Zeit, aber kein Grund zum Jammern und Wehklagen, für mich schon eher ein Grund zur Dankbarkeit. Denn ich weiß sehr wohl, was Tausende und Abertausende Kameraden in oft jahrelanger Gefangenschaft in russischen Lagern unschuldig ertragen und erdulden mussten.

Nach einem Vierteljahr kehrte ich glücklich zurück. Bald verlobten wir uns und feierten im November Hochzeit. Und „.....Segen und Glück!“ – 45 Jahre sind inzwischen vergangen, gottlob in Frieden und Freiheit!

Derweil sind wir mehrfach Oma und Opa geworden. Wenn wir uns heute zu Familienfeiern treffen und alle vollzählig erscheinen, sind wir immerhin 26 Personen.

Und die Brücke? Sie steht immer noch an ihrem alten Platz!

Josef Harlacher, Beesten (nahe Lingen)

März/April 1990

Britische Rheinarmee ab Juli 1945

Amerikanische Einheiten besetzten als erste Hohenfels. Sie gaben das Gebiet im Juli 1945 unter britische Verwaltung. In den einzelnen Lagerbereichen änderte sich viel:

Holzbarackenlager

1945 / 1946 Ehemalige Funktionsträger der NSDAP aus Wehmingen und Umgebung hatten auf Anordnung der nun zuständigen Engländer das Lager zu säubern, um eine Nachnutzung zu ermöglichen. Vom Muna-Gelände wurde fertige Munition abtransportiert (Ziel unbekannt). Das restliche Pulver wurde monatelang in den Bledelner Rotten verbrannt.

Deutsche Kriegsgefangene, die zuvor in Esens (Friesland) in der Landwirtschaft gearbeitet hatten (Deutsche Arbeitskompanie 881), wurden in das Holzbarackenlager in Wehmingen verlegt. Die Kompanie bekam die Bezeichnung: Deutsche Arbeitskompanie G.C.L.O.457.

350 ehemalige deutsche Soldaten mussten verschiedene Arbeiten im 2. sub depot (2. Unterlager) der britischen Armee leisten. Im Depot arbeiteten ca. 1000 Personen. Sie wurden mit Personenzügen oder englischen Lkws zur Arbeit und wieder zurück gebracht.

Im Oktober **1947** kam es bei der Räumung eingelagerter Munition durch die Briten zur Explosion einer Mine. Da die Munitionsreste nicht restlos entfernt wurden, musste noch Jahre später vom Kampfmittelbeseitigungsdienst Untertage nachgeräumt werden.

1947 wurde der Status 'Kriegsgefangenschaft' aufgehoben. Die Einrichtung erhielt die Bezeichnung „Deutsche Dienstleistungsorganisation 457“ kurz G.S.O 457.



Bild Nr. 10 Lager der deutschen Kriegsgefangenen (Arbeitskompanie)

1949-1956 Die „Veranstaltungsbaracke“ wurde morgens von der Wehminger Volksschule genutzt. Abends wurden das Personal der G.S.O. unterrichtet.

Ebenfalls fanden im Saal Theateraufführungen statt. Das Burgdorfer Theater war öfter Gast in Wehmingen, auch eine Sängerguppe des Opernhauses Hannover zählte zu den Gästen.

Regelmäßig wurde sonnabends zum Tanz aufgespielt.

1952 Die G.S.O.457 wurde aufgelöst. Die meisten Männer wurden im britischen Depot weiter beschäftigt. Bei der Bundeswehreinsetzung wurde festgestellt, dass der G.S.O.-Lagerarzt lediglich ein Sanitäter war, ohne Ausbildung.

1956 Abbruch der Holzbaracken.

1957 wurde das Gebiet in Gartenland umgewandelt, ab

1976 nutzte eine Gärtnerei die Fläche.

Steinbarackenlager

1945 Das von deutschen Soldaten belegte Lazarett wurde auch von den Amerikanern weiter genutzt (Block 3 und Block 8 des Steinbarackenlagers). Die Behandlungsräume waren im südlichen Muna-Gelände. Die Verletzten mussten deshalb mit dem Sanka (Sanitätskraftwagen) über Feldwege zur ärztlichen Behandlung gefahren werden.

1945 Juni: Bei der Holzbaracke, die bis 1943 in der Nähe des Hauses Friederike stand, dann in das Steinbarackenlager umgesetzt wurde und bis Ende des Krieges zu Schulungszwecken von den Nationalsozialisten genutzt wurde, spielten Kinder (11 bis 13 Jahre alt) mit Munition. Ein Junge aus Hohenfels wurde durch eine explodierende Handgranate tödlich und ein weiterer aus Wirringen schwer verletzt.

Die Engländer (Männer und Frauen) sowie Kanadier nutzten das gesamte Steinbarackenlager (ab jetzt die Bezeichnung Camp). Die „Ladys“ hatten ihre Unterkunft im Block 8. Ein 3 m hoher Baumatten-Zaun wurde um das Gelände errichtet. Das Lazarett wurde geschlossen.

Im Block 1 wurden Büros für militärische Belange eingerichtet. Schreibstuben, Arztzimmer, Kleiderkammer, Ausnüchterungszellen, usw. nutzten englische Soldaten.

Im Block 9 war die Kantine untergebracht. Deutsches Personal - in Zivil - hatte die Engländer zu bedienen. Vor dem Block 9 wurden Schweine gemästet.

1946 zogen Polen und Jugoslawen in die Holzbaracke als Wachpersonal ein. Sie hatten dunkelblau gefärbte, gebrauchte Uniformen zu tragen. Hundeführer der G.C.L.O. (später G.S.O.) unterstützten das Wachpersonal.

Block 2 (Saal) Hier fanden regelmäßig Tanzvergnügungen statt. Deutsches Bedienungspersonal, deutsche Mädchen sowie deutsche Tanzkapellen waren gern gesehen.

1949/50 In der Nähe der Kläranlage hatte die G.S.O. eine Sporthalle aus Blech, sowie 2 Tennisplätze gebaut. Die Tennisplätze sollten die abgängige Tennisanlage unterhalb

des Wasserturms ersetzen. Wegen unangenehmer Gerüche aus der Kläranlage wurden die Plätze nicht genutzt und die Sporthalle wieder abgerissen (Fehlplanung).



Bild Nr.11 Steinbarackenlager (Camp Block 9)

1953 wurde, anlässlich der Krönung von Elizabeth II, ein Gedenkstein im Camp aufgestellt und zusätzlich eine Eiche (Krönungseiche) gepflanzt. Zu der Veranstaltung waren die Schulklassen der Volksschule, der Gemeinderat sowie auch Bürger aus dem Dorf eingeladen.

Krönungsfeierlichkeiten der englischen Königin

(Auszug aus den Unterlagen des Nationalarchivs in Camberley; RAOC Gazette von Juli 1953)

Die Krönungsfeierlichkeiten begannen am 30. Mai 1953 mit der sehr erfolgreichen Aufführung eines Tanzes durch die Waant Officers und Sergants im „Woes and Joes“ Club. Am 31. Mai wurde der Bitte der Königin „an diesem Tag für mich zu beten“ in einem Feldgottesdienst nachgekommen. Der Tag der Krönung begann kalt und trübe, was der Laune aber keinen Abbruch tat.

Um des Anlasses zu gedenken, wurde auf dem Gelände der Wehmingen Barracks, durch Mrs. Ferro, Ehefrau des Kommandanten, eine Eiche gepflanzt sowie ein Gedenkstein aufgestellt.

Die Inschrift lautete:

Elizabeth II Queen of England

2 (GS) Depot RAOC

(No 2 (General Stores) Depot Royal Ordnance Corps)

(R.A.O.C. Steht für Royal Army Officer Commanding (Commandant))

Der Feierlichkeit wohnten alle Dienstgrade des Depots und deren Familien sowie viele andere Zuschauer, darunter eine Gruppe Schulkinder aus Wehmingen, bei.

Eine Flasche, die ein Pergament mit dem vollen Titel Ihrer Majestät enthielt, wurde unter dem Baum vergraben. Am Abend wurden die Feierlichkeiten durch sowohl Offiziere als auch andere Dienstgrade fortgesetzt.

Entführter Krönungsstein der Queen ist wieder da

(Auszug aus dem Text der Bild-Zeitung)

Mit dem Abzug der Briten geriet das Denkmal schnell in Vergessenheit. Eigentümer des Grundstückes (Camp) wurde das Bundesvermögensamt Hannover.

Das beschloss: Der Stein muss weg, das Gelände wird eingeebnet. Im Spätherbst 1975 kam ein großer Kranwagen der Britischen Rheinarmee und transportierte ihn in eine unbekannte Kaserne. Vier Jahre war der 20-Zentner-Koloss verschwunden, bis der damalige Bürgermeister *August Akemann* bei den Briten in Hannover den Verbleib des Steines erforschen ließ. Glücklicherweise fand ein britischer Verbindungsmann den Granitstein in Hildesheim. Selbstverständlich gaben die Engländer den Stein zurück. Beim Rücktransport gab es keine Probleme. Allerdings wurde der Krönungsstein nicht am alten Platz, sondern mitten im Dorf vor dem Schulhaus aufgestellt.

Wiederum Jahre später war die Bundeswehr bereit, den Stein wieder an den alten Ort zu befördern.



Bild Nr.12 Krönungsstein

Ab 1958 gab die britische Armee das Camp abschnittsweise auf. Die Bundesvermögensstelle war jetzt Hausherrin der Anlage.

1959 produzierte im Block 9 die Firma *Hans Kolbe* u. Co (fuba) Antennen; in der Holzbaracke wurde von der Firma „geta“ Plastikspielzeug hergestellt. Viele Bürger aus Wehmingen und Umgebung fanden hier Arbeit.

1960 wurden 25 Wohnungen in 4 den Steinbaracken vermietet, so dass das Magazin westlich der Schachanlage als Notunterkunft aufgegeben werden konnte. Die große Wohnungsnot im Dorf und auf Hohenfels, im Vergleich zu 1945, war nicht mehr gegeben.

1966 gaben das Antennenwerk "fuba" und die „geta“ in Wehmingen auf und verlegten ihre Fertigung nach Bad Salzdetfurth.

1967 nutzte die Bundeswehr den Block 9 als Fahrschule.

1970-1972 wurden die Blöcke 4 und 6 als Kaserne für die Bundeswehr umgebaut.

1971 Die Reservisten-Kameradschaft führte den ersten Leistungsmarsch um Hohenfels durch.

1973 und später: Die Holzbaracke wurde abgerissen. Das Versorgungsbataillon 720 zog - zum Bedauern aller - von Wehmingen nach Hannover um, und ging dort eine Patenschaft ein. Das Camp wurde Übungsgelände für Nato-Einheiten. Militärische Traditionsvereine zelteten auf dem Gelände. Reitturniere wurden veranstaltet. Der Pony-Club Hohenfels aus Bolzum übte hier bis zur Einweihung seines Platzes in Bolzum.

Im Saal der Steinbaracke wurde Korn gelagert, allerdings nicht fachgerecht, so dass der Holzfußboden verfaulte. Das gesamte Gebäude einschließlich Küche musste abgerissen werden.

Nach und nach waren alle Gebäude dem Verfall preisgegeben. Gebrauchte Baumaterialien konnten sich die Bürger aus Wehmingen kostenlos beschaffen.

„Alte“ Siedlung

1945 Die Engländer hatten kein Interesse an den Häusern in der Siedlung, so dass die bisherigen Bewohner bleiben durften.

Der Parteifunktionär mit Familie und der stellvertretende Kommandeur, ebenfalls mit Familie, waren verschwunden. Die Gemeinde Wehmingen stellte sämtlichen Wohnraum unter die Obhut ihrer Verwaltung. Aufgrund der großen Wohnungsnot mussten die Häuser 3-4fach belegt werden. Z.B.: Eine Flüchtlingsfamilie mit einem Kind konnte ein 20 m² großes Zimmer beanspruchen. In diesem Zimmer musste geschlafen, gewohnt und gekocht werden. Die einzelnen Bereiche unterteilte man durch hochgehängte Decken, die man beim Engländer gestohlen hatte. Die Möbel wurden aus den Brettern von Munitionskisten gebaut. Die Betten waren eben-

falls beim „Tommy“ organisierte Feldbetten. Nur gut, dass es für Wehmingen und Umgebung die Engländer gab.

1946 Die Pferdeweide nördlich des Wasserturms wurde parzelliert und an die Hohenfelser als Gartenland abgegeben.

1948 Währungsreform: Es ging wirtschaftlich aufwärts und die Bundesvermögensstelle hatte hier das Sagen. Die Wohnungsnot blieb. Die Hohenfelser meldeten, um ihre Einkünfte zu verbessern, Kleinbetriebe an.

Es gab einen Friseur, Händler mit Süßigkeiten, Milch- und Brötchenverkauf und einen Lebensmittelhändler, der zunächst in seiner Wohnstube, danach in drei Garagen, seine Geschäfte machte. Die Garagen waren vorher als Wohnung genutzt worden. Letztlich waren noch eine Totoannahmestelle, Flaschenbierhändler sowie Bücherverleih vorhanden. Nach und nach wurden die Kleinbetriebe wegen Unwirtschaftlichkeit wieder abgemeldet. Der Lebensmittelhändler konnte noch einige Jahre weiter Handel treiben, weil er in Sehnde einen Zweitladen angemeldet hatte. Der Spruch der Hohenfelser war damals: *„Vertreter“ kommen, „Vertreter“ gehen, aber „Krämerseele Jürgens“ bleibt bestehen.*

Geschichte der englischen Depots in Deutschland von 1945-1982

(aus dem „Corps Journal“ von LTH Phelps, RAOC Gazette)

Die 15 Advanced Base Ordnance Depot (A.B.O.D) unterhielt vorgeschobene Stützpunkte für Waren und Personal auf dem Kontinent. Im September 1944 hatte die Einheit ein großes Depot im Hafen von Antwerpen eingerichtet, wo es bis Ende 1945 verblieb und anschließend seinen Hauptsitz von Antwerpen nach Deutschland in Glinde bei Hamburg verlegte. Diesem Verband waren eine Reihe von kleineren Depots, darunter das Unterdepot Nr. 2 „Kleidung und Allgemeine Versorgungsgüter“ an zwei Standorten im Raum Hannover unterstellt.

Das eine Depot (Gruppe IV Allgemeine Versorgungsgüter) war in den Gebäuden des stillgelegten Salzbergwerks auf Hohenfels eingerichtet. Das andere Depot (Gruppe III Kleidung) befand sich in einem früheren Munitionsdepot der Wehrmacht bei Ahrbergen.

1951/52 wurde der Verband wieder in seinen Hauptstandort nach Emblem in Belgien verlegt. Trotz dieser Verlegung war der Verband jedoch weiterhin für die Verwaltung einer Reihe von in Deutschland verbliebenen Unterdepots, darunter jene im Raum Hannover, zuständig. Der Standort auf Hohenfels wurde 1958 aufgegeben, weil die Nähe zur innerdeutschen Grenze während des „kalten Krieges“ für die Engländer bedenklich erschien.

1962 erfolgte eine Umstrukturierung der BAOR-Liegenschaften. Die Chronik des RAOC gibt an, dass das bereits bestehende Unterdepot für Artikel des täglichen Gebrauchs bei Hannover zu den betroffenen Einrichtungen gehört. Diese Einrichtung blieb bis zu ihrer Schließung dem A.B.O.D. unterstellt.

Bundeswehr ab 1966

Die Bundeswehr übernahm den größten Teil des bisher britischen Depots. Zunächst waren 50 Soldaten der Nachschub-Kompanie 720 aus Schwarmstedt mit dem Aufbau beschäftigt. Danach wurde das Nachschub-Bataillon 727 mit 4 Kompanien aufgestellt. Die Unterbringung erfolgte im ehemaligen Verwaltungsgebäude. Später wurde eine Lagerhalle zu einer Kaserne umgebaut.

1. Kompanie : Stabs- und Versorgungseinheit mit etwa 40 Soldaten
2. Kompanie : Instandsetzung mit 60 Soldaten
3. Kompanie : vorgesehen für den Sanitätsbereich (nicht aufgestellt)
4. Kompanie : Transporteinheit mit 50 Soldaten (insgesamt 150 Soldaten)

Außerdem waren Handwerker (Tischler, Klempner, Sattler, Schneider, usw.), Büroangestellte sowie Wach- und Küchenpersonal als Zivilkräfte beschäftigt. Die Handwerker waren für kleine Reparaturen der eingelagerten Gegenstände zuständig. Das Bataillon hatte bei Übungen eine Kampfstärke von etwa 700 Mann (einschl. Reservisten).

Es wurden Gegenstände des täglichen Verbrauchs in 7 Hallen eingelagert, aber keine Fahrzeuge und Waffen, außer Handwaffen mit Übungsmunition.

Die 1. Kompanie war für die Leitung des Bataillons zuständig und hatte für die Verpflegung und Bekleidung zu sorgen.

Die 2. Kompanie pflegte alle Kraftfahrzeuge und bereitete sie für die TÜV-Abnahme vor. Sie war auch für die Fahrschule zuständig.

Die 4. Kompanie transportierte die Gegenstände (Verbrauchsgüter, Übungsmunition, Betriebsstoffe wie Benzin und Öle) im Wehrbereich II.

Im hinteren Bereich des Depots waren Teile der Standortverwaltung Hildesheim untergebracht. Für diese Behörde arbeiteten etwa 70 Frauen und Männer. Nicht nur Lageristen, sondern auch Handwerker (Tischler, Maler, Gärtner, Arbeiter für Haus- und Hofkolonne) und Bürokräfte hatten Arbeit. An- und Auslieferungen erfolgten mit der Bahn oder mit Privat-LKW. Eine Unterstützung durch die Bundeswehr war nicht vorgesehen. Die Behörde lagerte in mehreren Hallen Unterkunftsgüter (Betten, Möbel, usw.) ein.

1970 hatte die DDR eine ausgebildete Spionin im Miethaus ihres Bruders in Hohenfels eingeschleust. Offiziell hieß es, dass eine Flucht aus der DDR geglückt sei. Ihr Auftrag war: Militärische Geheimnisse für die DDR auszuspähen. Den Auftrag konnte sie ohne Schwierigkeiten bewältigen, weil die Ehefrau des Bruders die Sekretärin des Kommandeurs war. Die Familienzusammenhänge waren den Hohenfelsern sowie dem Kommandeur unbekannt. Allerdings hatte der Militärische Abwehrdienst der Bundesrepublik erfolgreich recherchiert. Zu einer Festnahme der Spionin kam es nicht, weil sie sich sofort in die DDR abgesetzt hatte.

Marsch um Hohenfels

Im Jahre 1971 machte der Feldwebel der Reserve *Kretzschmar* den Vorschlag, einen Marsch in Wehmingen durchzuführen. Der Kommandeur des Versorgungsbattalions 727, *Fromme*, stimmte begeistert zu. Nachdem auch die Gemeinde Wehmingen per Ratsbeschluss die Genehmigung zur Führung des Gemeindewappens erteilt hatte, konnte der erste „Marsch rund um Hohenfels“ am 11. September 1971 stattfinden.

30 Einzelmarschierer und 3 Mannschaften waren am Start.

Ursprünglich war es ein Leistungsmarsch, bestehend aus einem 12 km langen Geländemarsch und einem 20 km Leistungsmarsch und Leistungsschießen.

In der Ausschreibung hieß es: „Teilnahmeberechtigt sind Uniformträger und Zivilpersonen beiderlei Geschlechts“. Mit den Jahren wurde die Veranstaltung immer zugkräftiger.

1979 waren schon 400 Personen am Start. Neben aktiven Soldaten und Reservisten waren u.a. Mitglieder der Feuerwehren aus Kolshorn und Wehmingen, des Turn- und Sportvereins Wehmingen mit Damen-, Herren- und Kindermannschaften gemeldet. Jüngste Teilnehmer mit jeweils 6 Jahren waren Claudia Behmann aus Wehmingen und Andreas Sennholz aus Wirringen.

Die HAZ berichtete am 16.05.1979 seinerzeit:

„Auch dabei war eine Mannschaft der Gemeinde Sehnde, mit dem Bürgermeister Manfred Reißland, den Ratsherren Hans Reineke, Heinz-Hermann Nolle und Peter Jungclaus, die sich „erfreulicher Weise“ auf dem 3. Platz (hinter der Feuerwehr Wehmingen und den Damen des TuS Wehmingen) placieren konnten. Die 12 km lange Strecke führte von Wehmingen über Bledeln nach Algermissen und von dort zurück nach Wehmingen.

Bei der Siegerehrung, zu der sich auch Sehndes Gemeindedirektor Theodor Hublitz einstellte, wurde das gute Verhältnis zwischen den Initiatoren der Veranstaltung, der Reservistenkameradschaft Hannover-Nord, der Ortschaft

Wehmingen und der Gemeinde Sehnde besonders hervorgehoben“.

Die Veranstaltung wurde 20 Jahre wiederholt.

Hohenfels ab 1974

Im Zuge der Gebietsreform wurde die Gemeinde Wehmingen, wie auch die anderen 14 beteiligten Gemeinden, aufgelöst und am 01. März 1974 zu einer neuen Gemeinde Sehnde zusammengeschlossen. Hohenfels gehörte damit zu dieser neuen Kommune.

Das isoliert von der Ortschaft Wehmingen gelegene Gebiet Hohenfels war eine Besonderheit auch in der neuen Gemeinde.

Das Bergwerksgelände und das dahinter liegende Fertigungsgebiet der ehemaligen Muna waren trotz einer noch geringfügigen bergmännischen und gewerblichen Nutzung eine große Industriebrache, deren künftige Verwendung noch völlig ungeklärt war. Insbesondere die Eigentümerin Bundesrepublik Deutschland hatte überhaupt keine Vorstellungen, was mit dem Gelände, das die Bundeswehr erst ein Jahr zuvor geräumt hatte, werden könnte.

Auch die nun gültige Planungshoheit der Gemeinde Sehnde musste vom Eigentümer erst noch akzeptiert werden.

Die Siedlung war einschließlich der Straßen und Entsorgungsanlagen Eigentum des Bundes, das Camp mit seiner auslaufenden gewerblichen Nutzung ebenso.

Über die Unterhaltung der Straßen gab es schon 1954 eine Auseinandersetzung der Gemeinde Wehmingen mit der damaligen Bundesvermögensstelle Hildesheim. Das Deutsche Reich als Rechtsvorgänger hatte sich mit Vertrag vom 10.07.1940 verpflichtet, die Kosten für alle Anlagen zu übernehmen.

Der Vertrag galt fort. Für die kommunalen Aufgaben wie Unterhaltung der Straßen, Verkehrssicherheit usw. war damit der Bund und nicht, wie sonst üblich, die Gemeinde zuständig. Auch die Bewohner der Siedlung sahen sich vermutlich in einer Sonderrolle gegenüber den übrigen Einwohnern

Wehmingens, und das schien auch so hingenommen worden zu sein. Beispielsweise entstand bei der ersten Wahl nach der Gebietsreform im Wahllokal ein größerer Aufruhr, weil einige „Siedlungsbewohner“ nicht wählen durften. Sie waren nicht im Wählerverzeichnis aufgeführt. Nachforschungen ergaben, dass früher in „großzügiger Auslegung“ der gesetzlichen Vorschriften das Wählerverzeichnis noch am Wahltag berichtigt wurde.

Obwohl die Betroffenen teilweise schon viele Jahre dort wohnten, hatten sie sich aber nach wie vor in Wehmingen nicht angemeldet und fanden auch nichts dabei.

Auf dem umzäunten und abgeschlossenen Gelände der Industrie- und Militärbrache mit ihrem umfangreichen Schienennetz und dem Bahnanschluss nach Algermissen war die Kali und Salz AG mit dem Schacht noch in geringem Maße aktiv. Der große Rest, vor allem das Bundesgelände, war durch den Abzug der Bundeswehr im Jahr davor in wesentlichen Bereichen ungenutzt. Künftige Nutzungsmöglichkeiten waren noch völlig offen.

Deutsches Straßenbahnmuseum Hannover

Der Journalist *Klaus Kaldenhoff* begann 1969 die Idee zur Errichtung eines Straßenbahnmuseums zu verwirklichen. Dabei konnte er auf eine Reihe von Unterstützern zählen, u.a. auch auf den Autor des Buches „Chronik der Straßenbahnen“ *P.H. Prasuhn*. Dieser hatte enge persönliche (und hilfreiche) Kontakte zur Wirtschaft und zum Deutschen Museum in München, das die Initiatoren beriet. Nach entsprechender Vorbereitung wurde 1971 der Verein Deutsches Straßenbahnmuseum Hannover e.V. (DSMH e.V.) gegründet, Vorsitzender wurde *Klaus Kaldenhoff*. Schon 1969 wurden die ersten Fahrzeuge von dem Vorläufer des Vereins, Arbeitsgemeinschaft Deutsches Straßenbahnmuseum, beschafft und im ehemaligen Straßenbahn-Betriebshof der Üstra in Rethen untergebracht, um sie vor der Verschrottung zu retten. Das konnte aber keine Dauerlösung sein, der Eigentümer verpachtete das Gelände anderweitig. Der Verein prüfte

daraufrin eine Reihe von möglichen neuen Standorten, so z.B. in Düsseldorf, Hitzacker und Gehrden. Am geeignetesten erschien wegen der vorhandenen Gleisanlagen, des Bahnanschlusses und der Nähe zum bisherigen Standort das Gelände des Kalischachtes Hohenfels. Mit der Kali und Salz AG wurde 1973 eine provisorische Vereinbarung über die Verlegung der Straßenbahnsammlung abgeschlossen. Eine ähnliche Vereinbarung gab es später auch mit dem Bundesvermögensamt über das Fertigungsgelände (Muna). Ende 1973 trafen die ersten Fahrzeuge aus Duisburg kommend ein. 1974 wurde die vorhandene Sammlung hierher verlegt.

Aus dem zeitlichen Provisorium (wie es sich die Kali und Salz AG wohl zunächst dachte) entwickelte sich der Standort zu einem Straßenbahnmuseum. Im Oktober 1974 befanden sich 49 Fahrzeuge im Vereinsbesitz. Deren Beschaffung wurde vermutlich größtenteils von einem Freundeskreis und vom Vorsitzenden finanziert bzw. vorfinanziert, der Verein selbst hatte die notwendigen Mittel nicht.

Am 08.11.1974 erfolgte die Übernahme des 50. Wagens. In der Einladung zur feierlichen Fahrzeugübernahme wurde die künftige Planung wie folgt beschrieben:

„Das Deutsche Straßenbahnmuseum hat die Absicht, im Raum Hannover ein zentrales Nahverkehrsmuseum zu errichten, wobei die Straßenbahn im Mittelpunkt stehen wird, da sie in der Vergangenheit die Entwicklung der großen Städte beeinflusst hat.“

Das DSMH erweiterte seine Sammlung von teils schrottreifen Fahrzeugen zügig immer mehr und nahm damit immer größere Grundstücksflächen auch im Bereich der ehemaligen Muna in Anspruch.

Klaus Kaldenhoff begründete den umfangreichen und schnellen Erwerb so:

Die Phase der Holz- und Vorkriegswagen ging zu Ende. Die Verkehrsunternehmen, die wegen der damals notwendigen Rationalisierungen (Streckenstilllegungen) unter hohem Druck standen, mussten die nicht mehr benötigten Fahrzeuge kurzfristig los werden. Alternative zur Übernahme wäre die

Verschrottung gewesen und damit der unwiederbringliche Verlust. Etwa 40 Üstra-Fahrzeuge wurden als Ersatzteillager übernommen. Für die alten Wagen waren auf dem Markt Ersatzteile nicht mehr zu bekommen.



Bild Nr. 13 Das Ersatzteillager des Museums

Gleichzeitig wurde neben der Erstellung von Konzepten begonnen, Fahrzeuge wieder aufzuarbeiten. Dies alles gleichzeitig zu bewältigen überforderte die vergleichbar wenigen Mitglieder. Die Visionen des Vereins (z.B. konnte man sich vorstellen, das gesamte Camp zu einem Parkplatz auszubauen, weil mit bis zu 200.000 Besuchern jährlich spekuliert wurde), waren ohne Mithilfe Dritter, vor allem der öffentlichen Hand, nicht zu realisieren, obwohl die Vereinsmitglieder mit großem Eifer und Engagement tätig waren. Folgerichtig wurden Land, Landkreis, Großraum und Gemeinde Sehnde kontaktiert und massiv bedrängt, finanzielle Unterstützung zu gewähren. U.a., die Art der Vorgehensweise schreckte die potentiellen Geldgeber ab, zumal auch in der ganzen Zeit kein schlüssiges und umsetzbares Konzept zu erkennen war.

Der Begriff von „Kaldenhoffs Schrottsammlung“ machte in einschlägigen Kreisen die Runde. Klaus Kaldenhoff sah das gänzlich anders.

Die Gemeinde Sehnde gab jedoch dem Projekt eine Entwicklungschance. Der nach der Gebietsreform nach umfangreichen Beratungen auf den Weg gebrachte und am 14.09.1978 rechtswirksam gewordene Flächennutzungsplan wies die Gesamtfläche Hohenfels, mit Ausnahme der „Alten“ Siedlung, als Sondergebiet aus.

Die Begründung dazu war:

„Eine differenzierte Darstellung ist nicht möglich, da derzeit eine eindeutige Nutzungsbestimmung nicht möglich ist. Der gesamte Bereich soll einer einheitlichen in sich abgestimmten Planung unterzogen werden. Der vorhandene Ansatz (Straßenbahnmuseum) sollte weiter entwickelt werden mit dem Ziel, kulturelle, freizeit- und erholungsorientierte Aktivitäten zu einem Zentrum auch übergemeindlicher Bedeutung zusammenzufügen. Auch Gewerbebetriebe, die mit den genannten Aktivitäten im Zusammenhang stehen, sollten möglich sein. Die ansässige Bundesanstalt für Geowissenschaften sollte einbezogen werden.“

Zu der Siedlung wurde ausgeführt:

„Die Darstellung als Baugebiet kann nicht empfohlen werden, da hier die Verfestigung einer Splittersiedlung zu befürchten ist. Die Erhaltung dieses Bereiches ist aber wünschenswert. Die Darstellung als Grünfläche verfolgt dieses Ziel und soll weitere Ansiedlungen verhindern.“

Da ein Flächennutzungsplan behördenverbindlich ist, war damit der „Status Quo“ für die vorhandenen Nutzungen vorläufig gesichert.

Neben den meist erfolglosen Versuchen, finanzielle Förderung zu erhalten und der weiterlaufenden Beschaffung von Fahrzeugen, wurden aber vom DSMH Aktivitäten für die weitere Entwicklung des Museums entfaltet. So wurde z.B. auch die (damals Technische-) Universität Hannover eingeschaltet. Deren Institut für Bau- und Kunstgeschichte erstellte am

11.12.1978 ein Gutachten zum Projekt „*Deutsches Straßenbahnmuseum Hannover - Museum für Kommunalverkehr* -“. In der Präambel heißt es dazu: „*Das DSMH besitzt einen in seinem Umfang in der Welt einzigartigen Bestand an historischen Straßenbahnfahrzeugen von ungewöhnlicher Vielfalt und kulturhistorischer Qualität. Zahlenmäßig ist schon jetzt die vorhandene Sammlung die größte der Welt (ca. 150 Fahrzeuge)*“. Es folgen dann Vorschläge zur Erstellung eines Konzeptes, das dann leider nicht konsequent weiter verfolgt wurde.



Bild Nr.14 Der Bestand an Fahrzeugen wächst

In der Zusammenfassung wird ausgeführt: „*Die große Bedeutung des Museumsprojektes als Wirtschafts-, Bildungs-, Freizeit- und Imageeinrichtung für den Raum Hannover und Niedersachsen ist nicht zu bezweifeln. Das Projekt bedarf dringend der Unterstützung ideeller, personeller und finanzielle Art und wird der Förderung durch Land und Kommunen empfohlen*“.

Alles wird gut hätte man nun meinen können. Aber so war es leider nicht.

Der Absicht des damaligen Großraumverbandes Hannover, dessen Auflösung geplant war (dazu kam es dann bekanntlich doch nicht), im Oktober 1979 zur Sicherung des Standortes die Fläche von der Kali und Salz AG zu erwerben, wurde vom Land Niedersachsen untersagt. Begründung war, dass die Rechtsnachfolger Landeshauptstadt und Landkreis Hannover nach der Auflösung des Verbandes finanziell nicht belastet werden sollten. Eine Förderung des Landes wurde ausgeschlossen.

Die anderen möglichen Partner hielten sich ebenfalls zurück. Niemand wagte eine Entscheidung pro Museum. Offenbar erschien ihnen der Verein mit seinem ihn beherrschenden Vorsitzenden in seinen Aktionen zu sprunghaft und unberechenbar. Eine strukturelle Entwicklung (jedenfalls aus Sicht der Behörden, die sparsam mit öffentlichen Geldern umzugehen haben) war noch immer nicht zu erkennen. Die Aktivitäten konzentrierten sich in der Folgezeit vor allem auf eine immer weitere Ausweitung des Fahrzeugbestandes (in der Endphase war der Bestand auf ca. 340 Einheiten - einschließlich Bussen, Feuerwehrfahrzeugen u.ä - angewachsen). Die für einen Museumsbetrieb notwendige Restaurierung erfolgte aus Mangel an personellen und finanziellen Kapazitäten nur auf einem sehr niedrigen Level. Unabhängig davon war das Interesse an den teilweise sehr interessanten Ausstellungsstücken erheblich, wie sich an dem regen Zuspruch anlässlich der Besuchertage ablesen ließ.

Dazu kam noch, dass das DSMH auch seinen Partnern ständig vor die „Schienbeine“ trat. Als z.B. die Kali und Salz AG einen Teil ihrer leer stehenden Hallen vorübergehend als Lagerraum vermietete, intervenierte das DSMH massiv, unklug und vor allem erfolglos mit dem Hinweis auf den Flächennutzungsplan, nach dessen Festsetzungen, jedenfalls nach (falscher) Auffassung des DSMH, keine gewerbliche Nutzung stattfinden durfte.

Auch ein geltend gemachter umfangreicher Schadenersatzanspruch wegen größerer Schäden, die anlässlich eines Manövers von US-Truppen entstanden sein sollten, lief ins Leere. Die festgestellten Schäden an den Fahrzeugen sollten nach Auffassung der zuständigen Behörde - im Gegensatz zur Vereinsauffassung - überwiegend dem unübersehbaren Verschrottungszustand geschuldet sein. Der Schadenersatzanspruch wurde abgelehnt.

Das Bundesfinanzministerium (vor Ort vertreten durch das Bundesvermögensamt) war ebenfalls nicht gut auf das DSMH zu sprechen. 1984 waren schließlich 10 Jahre vergeblichen Verhandeln über den Kauf des Camps, das nach Vorstellungen des DSMH zu einem Parkplatz ausgebaut werden sollte, ohne Ergebnis verstrichen. Auch die nicht abgesprochene immer weitergehende Inanspruchnahme des Fertigungsgeländes war ein ständiger Zankapfel. Aussage des Bundesvermögensamtes dazu: *„DSMH verschleppt die Verkaufsverhandlungen und will das Gelände wohl geschenkt haben.“* Der Verein wiederum betonte stets, dass er auf ein realistisches Angebot des Bundes wartete.

Die Wirklichkeit sah zu diesem Zeitpunkt so aus, dass nur ein bescheidener öffentlicher Ausstellungsbetrieb angeboten werden konnte.

Inzwischen hatte auch die Gemeinde Sehnde Interesse am Camp angemeldet, vor allem sollten die inzwischen zu Ruinen verkommenen Baracken endlich verschwinden. Eine Konkurrenz zum DSMH sollte aber nicht entstehen. Auch die Gemeinde konnte sich zu diesem Zeitpunkt vorstellen, einen Teil des Camps als Parkplatz vorzusehen.

Als nicht mehr zu übersehen war, dass der Verein allein die Sache nicht mehr in den Griff bekommen würde, taten sich, weil die Entwicklung nicht zu verantworten war, Kali und Salz AG und Gemeinde zusammen, um helfend einzugreifen. Sie sahen nach wie vor eine gute Chance für das geplante Museum. Deshalb gründeten sie im März 1984 den Verein „Werkstatt Sehnde-Hohenfels“, ohne Beteiligung des DSMH. Der Vereinszweck war die Förderung arbeitsmarktpolitischer

Zielsetzungen. Sie sollten dadurch verwirklicht werden, dass von der Arbeitsverwaltung zugewiesene Beschäftigungslose unter fachlicher Anleitung durch geeignete Ausbilder tätig werden. Geplant waren vor allem Restaurierungsarbeiten an den Ausstellungsstücken des DSMH (die in dessen Eigentum verbleiben sollten).

Daneben trat aber auch das DSMH als Träger solcher Arbeitsbeschaffungsmassnahmen auf. Unter anderem wurde für die Sanierung des Bahnanschlusses nach Algermissen (der der Kali und Salz AG gehörte) eine entsprechende Vereinbarung geschlossen.

Das ging offenbar gründlich schief, die Abrechnungen liefen nicht wie vorgeschrieben. Das Arbeitsamt sperrte die Mittel und machte umfangreiche Rückforderungen geltend. Von Schulden in Höhe von 600.000 DM war die Rede, später auch von noch viel höheren Beträgen. Das brachte offenbar vereinsintern das Fass zum überlaufen. Es kam zu unhaltbaren Zuständen. Der Vorsitzende ging in die Vorwärtsverteidigung mit massiven Vorwürfen gegen jeden erreichbaren „Gegner“, so auch gegen die Gemeinde Sehnde. Ihr warf er vor, durch Änderung der Planungsaussagen (es ging um das Camp) den Museumsaufbau zu gefährden.

Außerdem vermisste er jegliche finanzielle Förderung durch die öffentliche Hand insgesamt.

Die Gemeinde sah sich zu einer Stellungnahme genötigt, in der sie feststellte, dass seit 15 Jahren auf ein machbares und versprochenes Konzept gewartet wurde. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass Kaldenhoffs Umgang mit potenziellen Geldgebern mindestens gewöhnungsbedürftig war. Sie wurden in der Presse wie folgt zitiert: *„Wenn er (Kaldenhoff) mit diesen Institutionen genauso umgegangen ist wie mit uns, ist zu verstehen, dass er keinen Erfolg hatte.“*

Im Dezember 1986 wurde schließlich Konkursantrag gestellt, ein Zwangsverwalter eingesetzt und im Laufe des Jahres 1987 das Konkursverfahren eröffnet. In der Zwischenzeit sollte noch ein „Parallelverein“ gegründet werden, um zu retten was zu retten war. Diese Bemühungen waren letztendlich vergeblich.

Der Vorsitzende *Klaus Kaldenhoff* wurde nach Presseberichten am 15.01.1987 aus dem Verein ausgeschlossen. Er machte daraufhin vergeblich seine Eigentumsrechte an den Fahrzeugen geltend. Es folgte eine Reihe gerichtlicher Auseinandersetzungen.

Festzuhalten bleibt:

Klaus Kaldenhoff hatte seine Idee, ein Straßenbahnmuseum aufzubauen, mit großem persönlichen und finanziellem Einsatz weit vorangetrieben. Alle beteiligten Fachleute waren sich einig, das geplante Museum hatte das Zeug zu einer großen Attraktion. Gescheitert ist er wohl daran, dass ihm die Sache „über den Kopf“ gewachsen ist und die erwartete finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand ausblieb.

Hannoversches Straßenbahnmuseum

Die Museumsidee bestand aber fort. Weil wegen der hohen Schulden der bisherige Verein nicht zu retten war, gründeten zunächst 7 Interessenten 1987 den *Verein Hannoversches Straßenbahnmuseum e.V. (HSM)*. Aktuelles Ziel war es die Gesamtverschrottung zu verhindern. Die Sammlung war von der Zahl her viel zu groß, aber sie enthielt viele erhaltenswerte Wagen. Die Übernahme nur der museal wichtigen Fahrzeuge lehnte der Konkursverwalter ab. Es konnte deshalb nur die Gesamtübernahme angestrebt werden. Der neue Verein mit dem Vorsitzenden *Dieter Borsum* versuchte dann, die Museumsidee weiter umzusetzen. Zunächst wurde auch mit Hilfe von Fachleuten und öffentlicher Förderung ein Konzept erstellt, das für sich in Anspruch nehmen konnte, mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen mindestens in Teilbereichen realisiert zu werden. Dem neuen Vorstand gelang die Herkulesaufgabe in dieser schwierigen Phase, den Verein aus dem tiefen „Tal der Tränen“ herauszuholen und zu stabilisieren.

Zwischenzeitlich war der *Verein Werkstatt Sehnde-Hohenfels (WSH)* weiter aktiv geworden. Mit Hilfe des Arbeitsamtes Celle konnte die *Gesellschaft für praxisbezogene Ausbildung mbH*

(*ipa*), Celle, dazu gewonnen werden, in Hohenfels eine Ausbildungsstätte zu etablieren. Die Übungswerkstatt hatte das Ziel, Langzeitarbeitslose und schwer vermittelbare Arbeitslose im Sinne des Bundesarbeitsförderungsgesetzes soweit auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten, dass eine dauerhafte Vermittlung möglich wurde.

Diese Ziele sollten dadurch erreicht werden, dass mit zur Verfügung gestelltem Gerät und Material unentgeltlich Restaurierungsarbeiten für den Museumsverein an den Ausstellungsstücken vorgenommen werden sollten, wobei die zu bearbeitenden Gegenstände im Eigentum des Vereins verblieben. Die Übungswerkstatt wurde in Kooperation mit WSH und HSM betrieben. Die Finanzierung erfolgte aus ABM-Mitteln. Im Rahmen dieser Maßnahmen wurde auch das ehemalige Kesselhaus bereits 1987 saniert. Einige Fahrzeuge, die noch zur Verfügung standen, wurden ebenfalls teilrestauriert. Ab 1993 wurde zusätzlich mit verschiedenen Partnern das Projekt „Sozialer Betrieb - Recycling von Elektrogeräten“ gestartet.

Der Verein WSH stellte außerdem ebenfalls im Rahmen von ABM-Maßnahmen Mitarbeiter ein, u.a. einen Bauingenieur und eine Museumsfachfrau, eine Bürokräft sowie fünf Facharbeiter. Die verwaltungsmäßige Abwicklung erfolgte durch die Gemeinde. Alle Mitarbeiter waren für die Weiterentwicklung des Museumsbetriebes eingesetzt. So ist insbesondere die Konzepterstellung durch die als Museumsfachfrau eingestellte *Jutta Franke* gestaltet. Die Koordination der umfangreichen Maßnahmen des WSH übernahm der damalige Sehnder Gemeindedirektor *Manfred Kotter* als Vorsitzender.

Weil durch den Konkurs des DSMH und der strittigen Eigentumsverhältnisse der weitere Betrieb des Straßenbahnmuseums nicht sicher war, prüfte die Gemeinde Sehnde zwischendurch auch zusätzliche Optionen für das Gelände, die nach den Festsetzungen des Flächennutzungsplanes auch zulässig waren, z.B. die Ansiedlung von Gewerbe. Neben der zu diesem Zeitpunkt noch anhaltenden Vermietung eines Teiles der Gebäude u.a. an die Bundesanstalt für Geologie

und Rohstoffe (BGR) in Hannover wurde auch die Ansiedlung neuer Betriebe geprüft, die allerdings die Entwicklung des Straßenbahnmuseums nicht behindern sollten. Diese Idee war übrigens nicht neu. Schon 1959 verhandelte die damalige Gemeinde Wehmingen zusammen mit dem damaligen Landkreis Hildesheim-Marienburg über die Errichtung eines Zweigbetriebes der Continental AG auf dem Gelände Hohenfels. Aus dem Vorhaben, das schon weit fortgeschritten war, wurde bekanntlich nichts. Zusammen mit dem Großraum Hannover wurde u.a. die Einrichtung eines Gründerzentrums in der ehemaligen Salzmühle geprüft.

Vor allem das Bundesvermögensamt, das händeringend eine andere Nutzung für das ehemalige Muna-Gelände als durch das ungeliebte Straßenbahnmuseum suchte, war von dieser Idee angetan, zumal es schon mit hohen Kosten für den Abriss verschiedener Gebäude zur Kasse gebeten wurde. Die Gebäude mussten aus Sicherheitsgründen abgebrochen werden.

Alle diese Überlegungen gingen ausdrücklich davon aus, dass Museum und Gewerbe nebeneinander existieren könnten. Obwohl eine Reihe von auch anderen Interessenten vorhanden waren, wurde die Idee nicht weiter verfolgt, auch, weil die Erschließung zu hohe Kosten verursacht hätte.

Ebenfalls wurde geprüft, ob das ganze Gelände auch durch andere Nutzungen attraktiver gemacht werden könnte. So gab es 1990 einen Entwurf für einen Naherholungspark mit musealem Charakter von einem Diplom-Designer. Dessen kühne Ideen scheiterten aber wie so manches andere auch an der finanziellen Machbarkeit.

1991 wurde das Konkursverfahren des Deutschen Straßenbahnmuseum Hannover abgeschlossen. Die gesamte Fahrzeugsammlung wurde vom HSM mit Zuschüssen des Landes Niedersachsen (vor allem mit Zonenrandfördermitteln) vom Konkursverwalter erworben.

Gleichzeitig konnte eine Einigung mit dem Bundesvermögensamt erzielt werden, das wegen rückständiger Pachtzahlungen Pfandrechte auf alle auf seinem Gelände stehenden Fahr-

zeuge und Geräte geltend gemacht hatte. Das hatte zur Folge, dass jahrelang kein Fahrzeug bewegt werden durfte. Gegen eine geringe Abstandszahlung verzichtete das Bundesvermögensamt auf seine Rechte.

Neben der Gemeinde Sehnde und der Kali und Salz AG hatten sich in der Zwischenzeit auch andere mit verschiedenen ideellen und materiellen Hilfen an dem Straßenbahnmuseumsprojekt beteiligt. Das waren insbesondere die Aktion „Rentner helfen jungen Unternehmern e.V.“, die Üstra und das Land Niedersachsen mit Mitteln aus der Zonenrandförderung. Die Gemeinde hatte inzwischen neben einer Reihe von kleineren Zuschüssen den Schmutzwasserkanal auf dem Gelände für 118.000 DM erneuert und für ihr Wasserwerk die erforderlichen Wasserleitungen für 62.000 DM neu gebaut. Damit waren von 1988 bis 1990 einschließlich der ABM-Mittel (die den Hauptanteil ausmachten) ca. 740.000 DM in das Projekt geflossen.

Und viel Geld der öffentlichen Hand floss noch in der Zukunft. Nachdem nunmehr durch den Abschluss des Konkursverfahrens, der Einigung mit dem Bundesvermögensamt und ein auf soliden Füßen stehender Verein agierte, wollte die Gemeinde nun das Projekt endgültig sichern.

Einigkeit bestand darüber, dass eine Weiterentwicklung nur bei einer abschließenden Klärung der Grundstücksfrage möglich war. Da ein Ankauf durch das HSM nicht finanzierbar war, verhandelte die Gemeinde mit der Kali und Salz AG über einen Ankauf. Nach Einigung und der Zusage des Landkreises Hannover, sich mit der Hälfte des Kaufpreises zu beteiligen, beschloss der Gemeinderat Sehnde den Ankauf.

Aber die früheren Nutzungen als Kaliwerk, Munitionsfabrik, Militärlager mit Kfz-Werkstätten und Straßenbahnmuseum ließen die Vermutung zu, dass das Gelände kontaminiert sein könnte. Dazu wurde vom Niedersächsischen Umweltministerium eine Gefährdungsabschätzung in Auftrag gegeben. Weitergehende Bodenuntersuchungen erfolgten durch die Kali und Salz AG.

Erste Ergebnisse der Untersuchungen wurden zunächst abgewartet. In einem ersten Teilgutachten der von der Kali und Salz AG beauftragten Fa. *ubac GmbH* wurde 1991 Entwarnung gegeben.

Gegen die vom HSM geplante Ausstellungshalle gäbe es danach keine Einwände. Allerdings sollte das Gelände weiter untersucht werden. Im Kaufvertrag von 1992 ist deshalb ein Rücktrittsrecht vereinbart, falls Kosten für eine Dekontaminierung eine festgelegte Höhe übersteigen.

Nun wollte das HSM so richtig loslegen. Es stellte deshalb am 03.02.1992 mit Zustimmung der Gemeinde einen Bauantrag auf Nutzungsänderung des ehemaligen Schachtgeländes für ein Straßenbahnmuseum. Nach Abstimmung mit der Bezirksregierung Hannover sah sich das zuständige Bauaufsichtsamt des Landkreises Hannover nicht in der Lage, den Antrag zu genehmigen. Für eine dauerhafte bauplanungsrechtliche Absicherung des Straßenbahnmuseums hielten beide Behörden die Aufstellung eines Bebauungsplanes für unabdingbar. Außerdem gab es von der Bauaufsicht noch einen weiteren Schuss vor den Bug:

„Wenn nicht in absehbarer Zeit erkennbar sein wird, dass die Gemeinde Sehnde nachhaltig das Ziel der bauleitplanerischen Absicherung des Straßenbahnmuseums verfolgt, müsste das Bauaufsichtsamt auch die derzeitige Nutzung des Geländes erneut überprüfen. Zur Herstellung rechtmäßiger Zustände könnte dann nach pflichtgemäßem Ermessen auch eine Einschränkung des Museumsbetriebes erforderlich sein.“ Außerdem war zu beachten, dass die Gesamtanlage als „Denkmalgeschützt“ eingestuft wurde.

Nach entsprechenden Vorabstimmungen begann daraufhin die Gemeinde am 15.09.1992 mit dem Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Straßenbahnmuseum“. Inzwischen lag auch die vom Umweltministerium in Auftrag gegebene Abschätzung über mögliche Rüstungsaltslasten vor. Nach deren Recherchen konnten innerhalb der Muna Hohenfels zahlreiche Verdachtsfälle definiert und eingegrenzt werden, in denen eine Kontamination der Umweltmedien Wasser, Boden

und Luft bereits erfolgt sind bzw. noch erfolgen könnte. In einem zweiten Verfahrensschritt sollten diese Verdachtsflächen näher untersucht werden. Untersuchungsbeginn sollte der September 1992 sein.

Diese Situation machte das Verfahren nicht gerade einfacher. Die Aufstellung von Bebauungsplänen mit Altlasten schrieben besonders hohe Anforderungen an die Bauleitplanung vor. Nach einem im Juni 1991 von der Ministerkonferenz beschlossenen Erlass gilt auch hier folgendes:

„Nach der Rechtsprechung haben die Amtsträger einer Gemeinde die Amtspflicht, bei Aufstellen von Bebauungsplänen Gesundheitsgefährdungen zu verhindern, die den zukünftigen Bewohnern des Plangebietes aus dessen Bodenbeschaffenheit drohen. Zu den „Amtsträgern“ gehören auch die Mitglieder der Gemeindevertretung, sie sind Beamte im Sinne des Amtshaftungsrechts. Mit der Ausweisung von Bauland erzeugt der Träger der Bauleitplanung das Vertrauen, dass die ausgewiesene Nutzung ohne Gefahren realisierbar, insbesondere der Boden nicht übermäßig mit Schadstoffen belastet ist. Insoweit ist der Bebauungsplan „Verlässlichkeitsgrundlage“ für Dispositionen des Eigentümers oder Bauherrn. Grundsätzlich kann die Verletzung dieser Amtspflicht Schadenersatzansprüche gegen den Träger der Bauleitplanung begründen.“

Daraus wird deutlich, dass in dem weiteren Verfahren umfangreiche Untersuchungen und Gefahrenabschätzungen erforderlich wurden. Sie hatten auch Auswirkungen auf die Abwicklung des Kaufvertrages zwischen der Kali und Salz AG und der Gemeinde, in dem, wie schon ausgeführt, ein Rücktrittsrecht für den Fall zu hoher Kosten für eine Sanierung des Geländes vereinbart war. Diese Situation war für die weiteren Aktivitäten des HSM ausgesprochen hinderlich.

Die verschiedenen Untersuchungen waren langwierig, die entsprechenden Gutachten wurden erst Anfang 1994 vorgelegt. Sie konnten von der Gemeindeverwaltung mangels fachspezifischer Kompetenz nicht vollständig ausgewertet

werden. Die Mithilfe des Landkreises und des Umweltministeriums musste in Anspruch genommen werden. Bei deren Auswertung gab es allerdings unterschiedliche Einschätzungen über Gefährdung, Sanierung und künftige Nutzungsmöglichkeiten. Die Gemeinde untersagte deshalb zunächst dem HSM auf dem Grundstück Bodenbewegungen vorzunehmen. In verschiedenen Presseberichterstattungen wurde daraufhin sofort der „worst case“ vermutet. Weil Reste des Sprengstoffs TNT gefunden waren, wurde dort eine Nutzung überhaupt infrage gestellt.

Aber wie das häufig der Fall ist, war es auch hier. Es wird nichts so heiß gegessen wie es gekocht wird. Alle noch so abenteuerlichen Spekulationen liefen ins Leere.

Ende 1995 kam dann die Entwarnung. Der Landkreis teilte mit, dass bei einer Nutzung als Straßenbahnmuseum kein Sanierungsbedarf bestehen würde. Die Untersuchungsergebnisse ließen eine Nutzung als „Gewerbefläche“ zu. Diese Aussage galt allerdings nicht für eine Fläche im östlichen Bereich. Hier handelte es sich um eine während der Muna-Zeit angelegte Aufschüttung, in der erhebliche Schadstoffe festgestellt wurden. Für diesen Teil musste jegliche Nutzung ausgeschlossen werden. Diese belastete Fläche hätte die Gemeinde in die Lage versetzt, von dem Kaufvertrag zurückzutreten. Um das zu vermeiden, wurde zunächst die Frist für den Rücktritt verlängert und dann versucht, nur die Fläche mit der kontaminierten Halde an Kali und Salz zurück zu übertragen. Die Kali und Salz AG ließ sich darauf nicht ein. Die Lösung war schließlich eine Vereinbarung, die Gemeinde von allen möglichen Sanierungskosten frei zu stellen. Im Gegenzug verpflichtete sich die Gemeinde, die Fläche nicht zu überplanen.

Im derzeitigen Flächennutzungsplan der Stadt ist die Fläche deshalb als Ablagerungsfläche nach §32 (1) Niedersächsisches Abfallgesetz (NAbfG) ausgewiesen. Die Folge war allerdings, dass das HSM diese Fläche, die sie als Betriebshof schon in Anspruch genommen hatte, kurzfristig räumen musste. Auf einen Rücktritt vom Kaufvertrag konnte daraufhin

verzichtet werden.

Der weiteren Entwicklung des Straßenbahnmuseums stand damit nichts mehr im Wege.



Bild Nr. 15 Fahrt auf dem 2,5 km langen Rundkurs

Neben den Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Auf- und Ausbau des Straßenbahnmuseums fanden auf dem Gelände in dieser Zeit eine Reihe von Kunstaktionen und Ausstellungen statt, die die Einrichtung auch über die Gemeindegrenzen hinaus zusätzlich bekannt gemacht haben.

So fand z.B. 1992 die Ausstellung „Bilder in Gruben“ der Künstler *Ursula Ahlers*, *Norbert Janz* und *Heide Young*, die ihre Werke im Rahmen des Ausstellungszyklus „*Kunst im Kaliwerk*“, im Fördermaschinenhaus präsentierten, große Resonanz.

Auch die EXPO 2000 beschäftigte die an der Entwicklung von Hohenfels beteiligten Institutionen. Die Macher der EXPO hatten dazu aufgerufen, Projektvorschläge einzureichen. Der Vorstand des HSM hatte dazu bereits 1990 eine „*Planungsstudie für eine Verbindungsstrecke zwischen dem EXPO-*

Gelände und dem Straßenbahnmuseum in Wehmingen sowie für eine Verlängerung nach Sehnde unter Einbeziehung der Nutzungsmöglichkeiten auch nach der Weltausstellung“ vorgelegt.

Das Projekt lief unter der Überschrift: „Die leichte Stadtbahn - von Hohenfels zum Kronsberg“- Aspekte einer kostengünstigen Schienenstrecke im Südosten des Großraumes Hannover. Die Idee war u.a. Besucher nicht nur auf das EXPO-Gelände zu transportieren, sondern auch eine Art Personennahverkehr auf dem Gelände selbst zu organisieren. Die finanzielle Machbarkeit des Vorschlages wurde ebenfalls untersucht. Es hätte klappen können. Die Idee hatte es immerhin geschafft, in die Liste der Vorschläge aufgenommen zu werden, die als Anlagen zum offiziellen EXPO-Konzept gehörten. Dann ist sie aber - wie die meisten externen Vorschläge - nicht weiter verfolgt worden.

Auch die Gemeinde Sehnde blieb in Sachen EXPO und Hohenfels nicht untätig. In Zusammenarbeit mit der Niedersächsischen Energieagentur wurde ein Exposé zu einem Klimaschutz- und Museumspark erstellt. Bei dem geplanten Exponat handelte es sich um einen vielseitigen Baustein des „Klimaschutzprogramm EXPO Region Hannover“.

Es gliederte sich in folgenden Komponenten:

- Klimaschutzpark bestehend aus Windpark mit fünf Windenergieanlagen;
- ökologischer Siedlung mit ca. 70 Wohneinheiten und
- Museumspark bestehend aus Hannoverschem Straßenbahnmuseum und Kalimuseum (im Industriedenkmal Hohenfels).

Das Projekt war in Teilen bereits realisiert (Straßenbahnmuseum) oder gerade in der Realisierung (rechtsgültiger Bebauungsplan für die Öko-Siedlung).

Zu dem angedachten Kalimuseum gab es seit 1993 eine Arbeitsgruppe, die sich aus Mitarbeitern des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Hannover, der Gemeinde Sehnde und halboffiziell aus Mitarbeitern der Kali und Salz AG zusammen setzte. Ziel dieser Arbeitsgruppe war es, neben der Dokumentation der historischen Entwicklung am

Beispiel Hohenfels auch die Auswirkung auf das damalige Leben der Arbeiter und Beschäftigten zu erforschen und für das Museum zu verwerten.

Als Stichworte sind hier insbesondere zu nennen:

- Aufbau der chemischen Industrie
- wirtschaftliche Bedeutung des Kalibergbaues für die Region
- besonderes Bergrecht im ehemaligen Königreich Hannover
- Entstehung von landwirtschaftlichen Genossenschaften
- Qualifikation und Wohnorte der Arbeitskräfte,
- Bedeutung der Eisenbahn.

Mit Ausnahme des Windparks wurden auch diese Projekte im Rahmen der EXPO nicht weiter verfolgt.

Der Verein HSM entwickelte in der Folgezeit den Museumsstandort fort. Überzählige Fahrzeuge wurden verschrottet oder verkauft, Unterstellmöglichkeiten für einen Teil der Exponate geschaffen. Ganz herausragend ist aber die Leistung zu nennen, auf dem Gelände einen Rundkurs zu bauen, auf dem nunmehr auch attraktive Fahrten mit Straßenbahndtimern angeboten werden können.

Die über den Verein WSH und die ipa angebotenen Mithilfen mussten Anfang 1997 eingestellt werden, da die bisherigen Fördermittel nicht mehr flossen. Der Verein WSH wurde aufgelöst, er hatte seinen Zweck auch erfüllt, die ipa gab ihren Stützpunkt in Hohenfels auf. Das HSM war zwischenzeitlich aber so aufgestellt, dass es die selbst gesteckten Ziele auch mit eigenen Mitteln erreichen konnte (von Zuschüssen einmal abgesehen).



Bild Nr. 16 Haltestelle am Rundkurs

Das Museum ist in den Sommermonaten geöffnet, es wird von Besuchern gut angenommen. Der Erfolg gibt denjenigen recht, die 1987 an die Idee eines Straßenbahnmuseums trotz des Fiaskos des alten Vereins geglaubt haben und das HSM gründeten. Vor allem dem ersten Vorsitzenden *Dieter Borsum* muss dafür besonders gedankt werden. Es bleibt sicher noch eine Menge zu tun, aber das, was schon da ist, kann sich sehen lassen. Das Museum ist nun eine kulturelle Einrichtung in der Stadt Sehnde mit einer Ausstrahlung weit über die Stadtgrenzen hinaus.

Die „Neue“ Siedlung Hohenfels

Das ehemalige Steinbarackenwohnlager (Camp Hohenfels)

Im Flächennutzungsplan von 1978 ist die Fläche des Camps als Teil des Sondergebietes Hohenfels ausgewiesen. Der damalige Museumsverein (DSMH) hatte sich vorgestellt, die

gesamte Fläche als Parkplatz zu nutzen. Diese Überlegungen hielten in den weiteren Verfahren den Realitäten nicht stand. Der Verein Deutsches Straßenbahnmuseum verhandelte bis 1984 vergeblich mit der Grundstückseigentümerin (Bundesrepublik Deutschland) über einen Erwerb, der dann wegen Aussichtslosigkeit die Verhandlungen abbrach. Auf dem Gelände standen noch die auffälligen Baracken. Diese Ruinen konnten so nicht stehen bleiben, eine zeitnahe Lösung war notwendig. Die Gemeinde Sehnde hatte deshalb ihr Interesse an einem Grundstückankauf signalisiert. Sie konnte sich vorstellen, einen Bereich als Grünfläche und einen weiteren als Parkfläche für Museumsbesucher auszuweisen. Nach den zu diesem Zeitpunkt immer noch bestehenden Planungsaussagen war eine andere Nutzung auch nicht möglich. Insbesondere eine Wohnbebauung war nicht vorgesehen. Das geht schon aus der Begründung zum Flächennutzungsplan von 1978 (aufgrund der Festlegungen in der Regionalplanung) zu der neben dem Camp liegenden Siedlung Hohenfels hervor, sie lautet:

„Die Darstellung als Baugebiet kann nicht empfohlen werden, da hier die Verfestigung einer Splittersiedlung zu befürchten ist“.

Das galt natürlich erst recht für das Camp. Dessen Ausweisung als Baugebiet würde die Splittersiedlung, die nicht verfestigt werden sollte, sogar noch vergrößern. Mit der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde allerdings die Ausweisung der Siedlung den Realitäten angepasst und sie dann doch als Wohnbaufläche dargestellt. Im Erläuterungsbericht dazu wird die besondere Bedeutung des Gesamtbereichs hinsichtlich der vorhandenen Wohnsiedlung betont:

„Die reizvolle, städtebaulich und historisch bedeutsame Siedlung mit südlich anschließenden parkartigen Anlagen sowie deren gute Einfügung in das Landschaftsbild ist für die Gemeinde von besonderem Wert. Die Erhaltung dieses Bereiches ist daher wünschenswert.“

Auch die zunächst klare Haltung des Zweckverbandes Großraum Hannover als Träger der Regionalplanung zu der

Planungsaussage zum Camp hatte sich in der Folge ein wenig aufgeweicht. Die unübersichtliche Situation in Hohenfels insgesamt machte ein neues Nutzungskonzept dringend erforderlich. Die Lage des Camps und die Geländestruktur wurden als möglicherweise geeignet angesehen, modellhaft ein besonderes Wohnprojekt zu realisieren. Gemeinde und Großraum beauftragten das Büro *Althaus, Butz, Wittenberg*, eine Vorstudie zu einer Siedlung nach ökologischen Kriterien im Bereich Hohenfels zu erstellen.

1985 stellte sich dann heraus, dass die Ver- und Entsorgungsanlagen in der sich im Bundeseigentum befindlichen Siedlung Hohenfels so marode waren, dass eine zeitnahe Sanierung unausweichlich war. Die Infrastruktur sollte umfangreich erneuert werden, u.a. Trennung des Abwassers in Schmutz- und Oberflächenwasser. Die Straßen bekamen bei der Gelegenheit Namen und wurden gewidmet. Die Sanierungskosten lagen deutlich über 1 Mio. DM. Der Bund wollte die Gelegenheit nutzen, die Anlagen nach Sanierung auf die Gemeinde zu übertragen. Deshalb wurde ein Gesamtpaket verhandelt. Die Gemeinde beteiligte sich mit 60.000 DM an den Sanierungskosten und kaufte gleichzeitig die Gesamtfläche des Camps. Die Verhandlungen drohten zunächst immer wieder daran zu scheitern, dass der Bund Nachforderungen für den Fall einer späteren gewerblichen oder baulichen Nutzung vereinbaren wollte. Diese Forderungen konnten abgewehrt werden, der Kaufvertrag kam Ende 1985 zustande.

Aus den Überlegungen für ein ökologisches Bauprojekt hatte die Gemeinde aber kein Geheimnis gemacht. Die Vorstudie des Planungsbüros wurde im Februar 1986 vorgelegt. In den Vorbemerkungen dazu wird die besondere Problematik dieses Gebietes wie folgt beschrieben:

„Es wird erwogen, diesen Bereich neu zu besiedeln. Dem entgegen steht aus übergeordneter Planung die Absicht, Neuansiedlungen den bereits verdichteten Räumen anzulagern (also etwa Sehnde-Mitte), um Zersiedlung der Land-

schaft und erhöhtem Verkehrs- und Transportaufwand zu begegnen. Unter den Aspekten des ökologischen Bauens als Ansiedlungspunkt hätte eine solche Siedlung besondere Bedeutung und könnte an dieser Stelle vertreten werden. Auch an dieser Stelle wird auf die Möglichkeit des Vorhandenseins von Altlasten eingegangen und eine Bodenuntersuchung vorgeschlagen“.

Als erster Schritt wurde Ende April 1986 die erneute Änderung des Flächennutzungsplanes (vorbereitende Bauleitplanung) vorbereitet, mit dem Ziel, nördlich der vorhandenen Wohnsiedlung, also auf dem Gebiet des Camps, weiteres Bauland zu erschließen, für das eine Wohnsiedlung nach ökologischen Gesichtspunkten vorgesehen werden sollte. Die gültige Darstellung als Sonderbaufläche sollte entfallen. Gleichzeitig wurde auch ein entsprechendes Bebauungsverfahren (verbindliche Bauleitplanung) begonnen, in dem das Vorhaben konkretisiert wurde. Grundlage für die Festsetzungen sollten die Aussagen in der Vorstudie des Büros *Althaus, Butz, Wittenberg* sein.

Wegen der außergewöhnlichen Zielsetzung der vorgesehenen Bebauung wurden umfangreiche Informationsveranstaltungen erforderlich. Viel Überzeugungsarbeit war notwendig, um möglichst alle handelnden Personen und Gremien von der Machbarkeit zu überzeugen. In verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen wurde das geplante Vorhaben vorgestellt und diskutiert, teilweise sehr kontrovers. So wurden beispielsweise im Dezember 1987 bei der Vorstellung einer Untersuchung von Studentinnen der *Institute für Landschaftspflege und Naturschutz sowie Geobotanik* gravierende Unterschiede der Einschätzungen über die Folgen einer Bebauung deutlich. Nach den von den Studentinnen vorgetragenen Erkenntnissen sollte ein beachtlicher Teil des Geländes als schutzwürdig betrachtet werden. Aus der Sicht der Untersucherinnen war das Gebiet so wertvoll, dass es dem Naturschutz eigentlich komplett vorbehalten bleiben sollte. Mit der geplanten Bebauung an dieser Stelle konnten sie sich überhaupt nicht

anfreunden. Zitat aus der Versammlung: *„Baut das Öko-Dorf auf dem Acker nebenan“*.

Mit der Ablehnung der Bebauung konnten sich übrigens auch eine Reihe Bewohner der „Alten“ Siedlung identifizieren, die vor allem ihr Alleinstellungsmerkmal gefährdet sahen und zusätzlichen Lärm befürchteten.

In einer überaus gut besuchten Bürgerversammlung zusammen mit dem Wehminger Ortsrat und dem Rat der Gemeinde Sehnde in Wehmingen wurde leidenschaftlich diskutiert, insbesondere die Aussage des hannoverschen Architekten *Professor Dirk Althaus*:

„Das gemeindeeigene Gelände des ehemaligen Arbeiterwohnlagers Camp Hohenfels in Wehmingen ist wegen seiner Lage und der Größenordnung für ökologisches Bauen besonders geeignet“.

Geplant waren für die Öko-Siedlung ca. 50 Häuser mit Gartenland und größeren naturbelassenen Flächen dazwischen. Fragen zur Wasser- und Energieversorgung, Müll- und Abwasserentsorgung, sowie die Verwendung des Brauchwassers zur Toilettenspülung, wurden erörtert. Ausführlich wurde auch dargelegt, dass mögliche Altlasten aus der Zeit der Munitionsfabrik untersucht werden müssten. Es wurde dringend geraten, vorab eine Untersuchung nicht nur nach Explosivstoffen, sondern auch nach chemischen Rückständen im Boden vorzunehmen.

„Für das Konzept einer Bebauung nach ökologischen Aspekten wäre eine spätere Entdeckung möglicher Schadstoffe eine unerträgliche Belastung“. (Zitat Prof. Althaus).

Besonders dieser Punkt führte zu hitziger Diskussion. *„Nie Munition auf Hohenfels“*, *„Da soll nun mal eine Öko-Siedlung gebaut werden, und schon sind die Damen und Herren Umweltschützer wieder mal dagegen“*, so die eine Seite. Und andere: *„Da liegt noch Munition“*, *„da ist doch Gift im Boden“*. Der Bürgermeister *Rißland* donnerte in Richtung kritischer Ratsmitglieder: *„Mit eurer Sabbelei macht ihr noch das letzte Baugebiet kaputt!“*

Schließlich verständigte man sich darauf, in etwa zwei Jahren mit dem ökologischen Bauen zu beginnen. Eine vielseitige Gestaltung mit Holz, Lehm und Natur war das Ziel. Der vorhandene Grüngürtel sollte soweit wie möglich erhalten werden.

Sämtliche eingehende Bedenken, Anregungen einschließlich aller Änderungsvorschläge wurden von den Gremien intensiv beraten und bewertet, einiges ist in die Planung eingeflossen. Der Bebauungsplan wurde am 16. November 1989 vom Rat einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen.

In der neben dem umfangreichen Grünordnungsplan mitbeschlossenen Begründung zum Bebauungsplan werden genauere Vorgaben gemacht. Der Begriff „Ökologie“ wird dort - so wörtlich - unter drei Aspekten gesehen:

1. *ökologisches Bauen als Versuch, in der gebauten Umwelt Kreisprozesse zu erzielen, die zur maximalen Effizienz in der Nutzung der Ressourcen Energie, Wasser, Materialien und Luft führen, ähnlich dem Vorbild des Naturhaushaltes.*
2. *Humanökologie mit dem Ziel, in Gemeinsamkeit den Betrieb der o.a. Kreisprozesse in Harmonie mit der umgebenden Natur zu fördern.*
3. *Einbindung in die natürliche Umgebung mit dem Ziel, den Standort Hohenfels in seiner naturräumlichen Bedeutung zu fördern.*

Es waren ausschließlich Hausgruppen vorgesehen, die über Wohnhöfe erschlossen werden sollten. Neben Teichen für die Regenrückhaltung sollte ein Anger als zentraler Naturraum und „grünes Rückgrat“ insbesondere zwischen den nördlichen und südlichen Hausgruppen liegen. Er sollte Treffpunkt zur Kommunikation und Bereich der Naturerfahrung werden, aber auch Ort für Kinderspiel. Die Zielsetzung wurde auch mit der vorgesehenen Nutzung deutlich. Von der Gesamtfläche von 6,87 ha entfielen 4,08 ha auf öffentliche und 0,93 ha auf private Grünflächen, das sind immerhin zusammen 73 %.

Die vorgesehene Art der Bebauung ließ einen Einzelverkauf der Grundstücke nicht zu. Es mussten Bauherrngemein-

schaften gebildet werden. Da das geplante Konzept dafür in allen Einzelheiten vorgestellt werden sollte, taten sich Gemeinde und Planungsbüro zusammen, um die Vermarktung voranzubringen. Das Vorhaben hatte sehr viel öffentliche Aufmerksamkeit gefunden und war in der Presse überwiegend positiv dargestellt. Es fanden sich daher sehr viele Interessenten, die den Wunsch hatten, ihr Bauvorhaben im Rahmen der Planideen in Hohenfels zu verwirklichen.

Sie wurden u.a. zu einer Informationsveranstaltung im September 1990 eingeladen, in der das Planungsbüro die konkreten Vorstellungen der ökologischen Bauweise vorstellte. Dabei wurde manchem Interessenten deutlich, dass Gemeinschaft, so wie sie geplant war, häufig über das hinausging, was sie sich selbst vorgestellt hatten. So war u.a. je Hausgruppe ein Brennwert-Gaskessel vorgesehen. Warmwasserbereitung sollte in einem gemeinsamen Kessel erfolgen. Regenwasserteiche je Hausgruppe waren zur Gartenbewässerung vorgesehen. Die Liste ließe noch fortsetzen. Es wurde auch klargestellt, dass erst, wenn eine Hausgruppe komplett war, sie gebaut werden konnte.

Das Maß an Gemeinschaft konnte jede Gruppe selbst bestimmen. Sauna, Backhaus, Werkstatt u.v.a. wären in der Hofzone möglich. *„Niemand sollte allerdings zwangsbeglückt werden“*.

Auf jeden Fall wurde den potentiellen Bauherren deutlich, dass individuelle Wünsche sich nur spärlich verwirklichen ließen. Eine Frage, die den Interessenten unter den Nägeln brannte, konnte nicht einmal ansatzweise beantwortet werden, nämlich die, was so etwas denn kosten könnte. Das Planungsbüro war ja kein Bauträger.

Nach vielen Diskussionen der potenziellen Bauherren untereinander und mit den Planern bröckelte das Interesse immer mehr. Die Notwendigkeit sich mindestens mit fünf bis sechs Parteien hinsichtlich der Bebauung mit einer Hausgruppe zu einigen und dazu auch noch die unklare Kostensituation führte schließlich dazu, dass fast alle Interessenten absprangen, zumal, das wäre ein Ausweg

gewesen, sich auch kein Bauträger finden ließ, der sich auf das aus seiner Sicht riskante Abenteuer einlassen wollte. So versandeten langsam aber sicher eine gute Idee und ein ambitioniertes Vorhaben und verschwand letztlich in der Versenkung.

Dazu kam, dass aufgrund verschiedener Hinweise auf Rüstungsaltpasten, die manchmal deutlich erkennbar nur den Zweck hatten, eine Bebauung zu verhindern, das Gebiet zusätzlich erkundet werden musste.

Der Landkreis als Baugenehmigungsbehörde sah sich veranlasst, darauf hinzuweisen, dass bis zur endgültigen Klärung der Altlastenfrage keine Baugenehmigungen erteilt werden könnten. Im Zuge der schon geschilderten Überprüfung des vom Straßenbahnmuseum genutzten Geländes auf Altlasten im Jahre 1994 wurde auch das Camp mituntersucht.

Es gab zwar keine Rüstungsaltpasten, aber Schadstoffe waren schon vorhanden und zwar an zwei Stellen. Der Boden der ehemaligen Kfz-Werkstatt war belastet, außerdem gab es noch einen von den Engländern angelegten Sportplatz, der mit Kohlasche befestigt war. Dieser Bereich sollte nach Ansicht des Landkreises saniert werden. Nach Ausschreibung und Auswertung der Angebote wurde eine Recyclingfirma, die für sich eine besondere ökologische Note in Anspruch nahm, beauftragt, die Sanierung in einem sogenannten in-situ Verfahren (biologischer Abbau der Schadstoffe vor Ort) durchzuführen. Das Verfahren wurde von der Firma auch öffentlichkeitswirksam in Gang gesetzt, erwies sich aber als völliger Fehlschlag. Das gesamte belastete Material musste schließlich auf Kosten der Firma abgefahren und das Grundstück mit unbelastetem Boden wieder aufgefüllt werden. Damit war dieser Teil dann „clean“. Im Bereich der ehemaligen Kfz-Werkstatt war in der Zwischenzeit eine üppige Vegetation entstanden. Statt einer Sanierung wurde deshalb hier auf eine Bebauung verzichtet.

Die attraktive Lage des Geländes lockte in der Folgezeit häufiger Bauträger an, die an einer Gesamtvermarktung interessiert waren, zumal ja ein rechtskräftiger Bebauungsplan bestand. Sie stellten sich jeweils vor, den Plan nach ihren Wünschen zu ändern. So gab es die konkrete Vorstellung eines Investors, 65 Reihenhäuser zu bauen. Alle diese Überlegungen konnten aus verschiedenen Gründen nicht verwirklicht werden.

Der Bebauungsplan Camp Hohenfels war seit dem 05.04.1990 rechtsverbindlich.

Neben dem Interesse von Bauträgern, „stinknormale“ Reihenhaussiedlungen zu errichten, gab es aber auch immer wieder - allerdings vergebliche - Versuche, die Idee des ökologischen Baues neu zu beleben. Schließlich reifte die Erkenntnis, dass wohl doch nur mit einer Änderung des Konzeptes eine realistische Chance bestand, eine Bebauung des Gebietes zu ermöglichen.

Sehnde – seit 1997 Stadt - hatte sich deshalb entschlossen den Bebauungsplan zu ändern. Ein entsprechender Ratsbeschluss wurde 1998 gefasst. Die Begründung war, dass sich das bisherige Konzept nicht mehr umsetzen ließ. Die Grundstücke wären sehr tief und für die zulässige Bebauung mit Reihenhäusern und Hausgruppen extrem groß. Hinzu kämen große Flächenanteile aus Gemeinschaftsflächen.

Es wurde bei der geplanten Änderung aber vorgeschlagen, das ökologische Grundkonzept mit großen Grünflächen zur Sicherung des Bestandes beizubehalten, während das Erschließungskonzept umstrukturiert werden sollte. Die ursprünglich überplante Fläche wurde um die der ehemaligen Kfz-Werkstatt auf nunmehr 5,2 ha reduziert. Die Festsetzung der Bebauungsmöglichkeiten im Bebauungsplan wurde an die Gegebenheiten der umliegenden Bebauungsplangebiete angepasst. Der Ortsrat Wehmingen und der Rat legten großen Wert auf den Schutz der vorhandenen Vegetation. So sollten während der Bauphase geeignete Schutzmaßnahmen (z.B. Bauzäune) vorgesehen werden. Entsprechende Auflagen sind den Bauherren in den Grundstückskaufverträgen

gemacht. Das Gebiet ist in der Zwischenzeit vollständig erschlossen und vermarktet. Es stellt wegen seiner Lage und seiner öffentlichen Grünflächen trotz der von der Realität erzwungenen Abkehr von den ursprünglichen Konzepten immer noch etwas Besonderes dar.

„Alte“ Siedlung Hohenfels heute

Wie schon ausgeführt, wurde die „Alte“ Siedlung im Verfahren zur Aufstellung des ersten Flächennutzungsplanes der Stadt Sehnde nach der Gebietsreform 1974 als „Siedlungssplitter“ angesehen, der nicht verfestigt werden sollte. Deshalb die Ausweisung als Grünfläche. Da der Flächennutzungsplan behördenverbindlich war, hatte das zur Folge, dass z.B. Gebäudeerweiterungen oder die Errichtung von Nebenanlagen kaum genehmigungsfähig waren. Das spielte zunächst auch nur eine untergeordnete Rolle, da der größte Teil der Grundstücke dem Bund gehörte, der aber an baulichen Veränderungen kein besonderes Interesse hatte. In einer vom Rat beschlossenen Änderung des Flächennutzungsplanes wurde die Ausweisung der Siedlung den Realitäten angepasst und als Wohnbaufläche ausgewiesen.

Die beiden Villen und die 1938 errichteten Wohngebäude standen inzwischen unter Denkmalschutz.

Nachdem Grundstücke und Gebäude inzwischen weitgehend in Privatbesitz übergegangen waren, häuften sich die Anträge auf Modernisierung, Erweiterung und Umbau der Gebäude oder der Errichtung von Nebenanlagen, die das Erscheinungsbild der Siedlung in seiner Einzigartigkeit gefährden und dem Denkmalschutz entgegenstanden.

Um die denkmalgeschützte Siedlung in ihrer Form und ihrem Erscheinungsbild langfristig zu erhalten, hat sich die Stadt entschlossen, mit örtlichen Bauvorschriften die Gestaltung und das Maß der baulichen Nutzung zu regeln. Gleichzeitig soll den Grundstückseigentümern ein verbindlicher Rahmen für Bauvorhaben angeboten werden. Das entsprechende Bebauungsplanverfahren wurde im September 2009 begonnen.

Ziel und Zweck des Bebauungsplanes wird wie folgt beschrieben:

„Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes soll der Bestand der denkmalgeschützten Siedlung in seiner jetzigen Form und Eigenart sowie Struktur bewahrt und gesichert werden. Dieses gilt sowohl für die Bausubstanz als auch für die Siedlungsstruktur mit großen Grundstücken und einer aufgelockerten Bebauung sowie für die Freiflächen. Einer Überplanung des Gebietes durch Nachverdichtung sowie An- und Neubauten soll mit dem Bebauungsplan entgegengewirkt werden, damit die Eigenart der Siedlung bestehen bleibt. Der Bebauungsplan soll im Bereich der Doppelhäuser eine maßvolle Erweiterung der Bauten unter Berücksichtigung von gestalterischen Vorgaben zur Wahrung der Eigenart des Gebietes und des Denkmalschutzes ermöglichen.“

Zu der vorhandenen Vegetation auf den festgesetzten privaten Grünflächen sind Erhaltungsgebote festgesetzt worden.

2011 Im Verfahren zu den örtlichen Bauvorschriften (Erarbeitung eines Gestaltungshandbuchs) sind zahlreiche Anregungen und Bedenken vorgetragen worden. Ein Beschluss des Seunder Stadtrates dazu steht noch aus. Viele Betroffene befürchten einen Preisverfall für ihre Immobilien. Sie befürchten eine Verteuerung von Veränderungen und Reparaturen durch die detaillierten Vorschriften.

So müssen alle Maßnahmen im Außenbereich mit der Verwaltung abgesprochen werden. Bleibt zu hoffen dass der Rat und die Verwaltung auf der einen Seite und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger auf der anderen Seite Lösungen finden, damit Hohenfels auch in Zukunft etwas Besonderes bleibt.

* * * * *

Herausgeber: Stadt Sehnde, Der Bürgermeister

Verantwortlich für Texte und Grafik:

Dieter Knauth
Dietrich Vollbrecht
Manfred Rosengarten
Otto Lesemann
Peter Jungclaus
Werner Heindorf
Wolfgang Struß

Für die Unterstützung bei der Erstellung dieses Heftes

Zeitreise Nr.7

bedankt sich das Autorenteam bei:

Achim Uhlenhut, Sarstedt
Bodo Krüger, Wehmingen
Dieter Borsum, Wirringen
Dieter Wulfes, Bemerode
Jürgen Wattenberg, Sehnde
Karin + Gerd Liewke, Wehmingen
Klaus Harnack, Lehrte
Manfred Band, Sehnde
Meta Tobien, Wehmingen
Peter Börner, Osnabrück
Rembert Cramm, Wehmingen
Ursel Schulz, Bolzum

Ausblick

Wieder ist eine neue Folge der „Zeitreise“ erschienen. Das Autorenteam bedankt sich bei allen Zeitzeugen, die ihre Erinnerungen preisgegeben haben. Etliche angesprochene Personen waren sogar zu einer schriftlichen Äußerung bereit, die wir auch gern veröffentlicht haben. Der Verwaltung der Stadt Sehnde sei gedankt für die Unterstützung durch Überlassung von Räumen und technischen Einrichtungen. Unsere nächste Aufgabe soll unter dem Arbeitstitel

Das Zementwerk in Höver

angegangen werden. Wie immer sind wir auf die Mitarbeit weiterer interessierter Bürger angewiesen. Der aufmerksame Leser wird festgestellt haben, dass nicht nur die bisherigen Autoren der Broschüre treu zur Stange halten, sondern dass sich auch neue Namen in der Liste finden.

Wir sind offen für alle Interessenten, die gern in unserer Runde mittun wollen.

Ansprechpartner ist neben den Autoren wieder Herr Ralf Neumann in der Stadtverwaltung.

Unter der Rufnummer 05138-707282 ist er zu erreichen.

Bilder, Literatur- und Quellenverzeichnis

Titelbild: Google Earth Image © 2012 GeoBasis-DE/BKG

Achim Uhlenhut, Freier Fachjournalist, Sarstedt, Bilder DSMH,

Akten der K+S AG, inaktive Werke Bad Salzdetfurth

Archiv des Niedersächsischen Landesbergamtes, Clausthal-Zellerfeld

August Akemann, „*Als Gustav das Salz in Wehmingen fand*“

Die Geschichte der K+S Gruppe, „*Wachstum erleben*“

Hannoversche Allgemeine Zeitung, Anzeiger für Lehrte und Sehnde

Homepage der Grubenarchäologischen Gesellschaft

Josef Harlacher, Beesten, „*Der letzte Befehl*“

Karl-Heinz Heineke, „*Krönungseiche und britische Depots*“

Klaus Kaldenhoff, Ardorf (Wittmund), Bilder DSMH,

Manfred Marciniak, „*75 Jahre TuS Wehmingen*“

Meyer-Hartmann, *Schriftenreihe des Hildesheimer Stadtarchivs*

Niedersächsisches Landesarchiv, Hannover

Prof. Burgmiller, Universität Hannover, Historisches Seminar

Reiner Slotta, *technische Denkmäler in der Bundesrepublik Deutschland*

Band 3, Die Kali und Steinsalzindustrie

Stadt Sehnde, Drucksachen

Stadtarchiv Lehrte

Stadtarchiv Sehnde, Altes Rathaus Ilten

Thieme A., *Die Kaliregion Hannover*

Allgemeine Erläuterungen und bergbauliche Fachausdrücke

Abbau	<ol style="list-style-type: none">1. Sammelbezeichnung für die planmäßige Ausbeutung von Lagerstätten und die diesem Zweck dienenden bergmännischen Arbeiten.2. Hohlraum, der nach Durchführung der Gewinnungs- und Ladarbeiten entsteht
Abbauverfahren	Art und Weise des planmäßigen Abbaus von Lagerstätten
A.B.O.D.	Advanced Base Ordnance Depot
Abteufarbeiten	→Schachtabteufen
Ackersole	Rasenhängebank, →Schacht
Anfahren	<ol style="list-style-type: none">1. in ein Bergwerk einfahren2. das Finden einer Lagerstätte durch eine vorgetriebene Strecke oder Bohrung
Anschläger	Person, die am Schacht Signale (mechanisch, elektrisch) zum Fördermaschinenisten gibt.
Aufbereitung	Überführung bergbaulich gewonnener Rohstoffe in handelsfähige Formen;
Ausrichtung	ist der Sammelbegriff für die Herstellung aller Grubenbaue, die eine Lagerstätte (von der Tagesoberfläche aus anfahren und) zugänglich machen. (In der Regel stehen diese Ausrichtungsbaue im Nebengestein. Sie haben eine hohe Lebensdauer und müssen oftmals bis zur Stilllegung der Grube genutzt und offen gehalten werden).
Bergverordnung	Allgemeine Bergverordnung (ABVO): Verordnung für alle unter Aufsicht der Bergbehörde stehenden Untertagebetriebe und Tagebaue mit den zugehörigen Tagesanlagen sowie für Salinen.
Deckgebirge	das über der Lagerstätte liegende Gestein
DSMH	Deutsches Straßenbahnmuseum Hannover
Endteufe	→Teufe
Fahren	bergmännisch: sich fortbewegen, →Seilfahrt, →auffahren,
Firste	Bezeichnung für die Decke eines bergmännischen →Grubenbaus
Förderzins	finanzielles Entgelt für eine bestimmte geförderte Menge an Roh- bzw. Kalisalz, das an den Grundeigentümer zu zahlen ist.
Füllort	speziell ausgeführter Grubenbau zum Umschlag der horizontalen Streckenförderung in die vertikale Schachtförderung. Anordnung der Seilfahrtsbühnen im F., da die Stellung der Förderkörbe an der Hängebank

	und am F. ein gleichzeitiges Ein- und Aussteigen während der Seilfahrt ermöglicht.
Gewerkschaft	(bergrechtliche Gewerkschaft) im Bergrecht alte Unternehmensform. Die G. verfügt über kein bestimmtes nominelles Grundkapital wie die AG; das Kapital ist vielmehr in quotenmäßige Anteile (Kuxe) eingeteilt, die auf einen Bruchteil des Gewerkschaftskapitals lauten.
Grubenbewetterung	Zufuhr von Frischluft für Menschen und Maschinen, →Wetter,
G.S.O.	Deutsche Dienstleistungsorganisation
Hängebank	Zwischenboden im Förderturmgebäude: dient bei der Gestellförderung zur Entladung der Vollwagen, die von hier aus der Aufbereitung zugeführt werden. Auf der H. werden meist die Seilfahrtrampen angeordnet, da die Stellung der Förderkörbe an der H. und am Füllort ein gleichzeitiges Ein- und Aussteigen ermöglicht.
Halde	Aufschüttung und Ablagerung von wirtschaftlich nicht mehr nutzbaren Rückständen auf freiem Gelände.
HSM	Verein Hannoversches Straßenbahnmuseum e.V.
Hauer	bergmännische Berufsbezeichnung
Haufwerk	aus dem Gebirgsverband herausgelöstes auch herausgesprengtes, noch nicht zerkleinertes Kalihoh- bzw. Steinsalz.
Hauptfördersohle	auf der H. wird das Fördergut gleisgebunden oder gleislos dem Hauptschacht zugeführt.
Hauptgrubenlüfter	ein oder mehrere Ventilatoren, die im ein- oder ausziehenden Wetterstrom angeordnet die Bewetterung des Grubengebäudes bewirken.
ipa	Gesellschaft für praxisbezogene Ausbildung mbH (ipa)
Kainit	Verbreitetes, sekundäres, oberflächennahes Salzmineral, das in Hutgesteinen auch gesteinsbildend ist. Entstehung durch Einwirkung von Lösungen unterschiedlicher Herkunft auf Mineralassoziation von Kieserit und Carnalit, Kieserit und Sylvit, MgCl ₂ -haltiger Lösungen auf Langbeinit. Gelangte als gemahlenes Rohsalz in den Handel. Der Begriff 'Kainit' ist in der Landwirtschaft als Handelsmarke für Rohsalz insgesamt eingeführt worden.
Kalidüngesalze	weiße bis graue bzw. rötliche →kaliumhaltige Salze von feiner, mittlerer oder grober Körnung, die für Düngezwecke eingesetzt werden.
Kaligehalt	wegen der Vergleichbarkeit wird der Kaligehalt sowohl bei den Kalihohsalzen als Kaliumoxyd (K ₂ O) auch bei den durch Verarbeitung hergestellten Kalidüngesalzen

	<p>nicht in KCl oder in K_2SO_4 gegeben, sondern rein rechnerisch in K_2O. Das in den Kalisalzen oder Kalilösungen vorliegende Kalium ist in der Regel an Chlorid oder Sulfat gebunden (KCl oder K_2SO_4)</p> <p>Die Angabe in K_2O ist eine fiktive und raditionsbedingte Größe.</p> <p>100 % KCl entspr. 63,17 % K_2O; 100 % K_2SO_4 entspr. 54,05 % K_2O</p>
Kalirohsalz	nach der untertägigen Gewinnung vorliegendes kaliumhaltiges Mineralsalzgemisch im unzerkleinerten, vorgebrochenen oder zerkleinerten Zustand.
Kaue	bergmännisch: Raum zum Duschen, Wechseln und Aufbewahren der Kleidung
Koepescheibe	Fördermaschinen werden heute fast ausschließlich als Treibscheiben- (Koepe-) Fördermaschinen ausgeführt. Hierbei wird das Förderseil durch die Treibscheibe mitgenommen. Bergwerksdirektor Koepe Erfinder der K
Löser	bergmännische Bezeichnung für ein zum Hereinbrechen neigendes Salzstück
mS, m Sohle	Bezeichnung für einen waagerechten Grubenbau, Teufangabe gemessen in Metern bezogen auf die Rasenhängebank des Schachtes, außerhalb des Salzbergbaus auch bezogen auf NN; z.B. die 350 m Sohle liegt 350 m unter dem Niveau des Schachtansatzpunktes aber nicht unter NN.
Muna	Heeresmunitionsanstalt; Schachanlage Unter- und Übertage und das Fertigungsgebiet in der südlichen Erweiterung
Rasenhängebank	Belade- und Entladestelle eines →Schachtes für Material zu ebener Erde einschließlich des umgebenden Geländes. Wegen der Höhenlage im Niveau des umgebenden Geländes heißt die R. auch Ackersohle.
Risalit (ital. risálto)	vorspringender und senkrecht durchgehender Teil einer Gebäudefassade, welcher sie in mehrere (gewöhnlich eine ungerade Zahl) vertikale Teile zu zerlegen bestimmt ist. Das Maß des Vorsprungs richtet sich nach der Größe und dem Stil der Fassade, beträgt aber selten unter 15 und über 50 cm. Man unterscheidet Mittel- u. Eckrisalite.
Salzminerale	Sammelbegriff für die Hauptminerale der Salzlagerstätten und Salzseen
Salzstock	Durchbruchkörper von Salzmassen durch das Deckgebirge mit rundlichem oder ovalem Horizontalumriss.
Schacht	Grubenbau, der senkrecht (seiger) oder schräg (tonnläufig) verläuft. Der S. verbindet einzelne Sohlen untereinander bzw. mit der Erdoberfläche. Die

	<p>Teufe des S. ist die Höhe zwischen Ackersohle und der Sohle im Schachtsumpf.</p> <p>Der Bereich unmittelbar unter der Ackersohle ist der Schachtkopf. Im Bereich der Lagerstätte wird der Übergang zu horizontalen Grubenbauen, dem Füllort bzw. den Sohlen, hergestellt. S. erhalten je nach der Standfestigkeit des umgebenden Gesteins einen Schachtausbau, der aus Ziegelmauerwerk, Beton oder gusseisernen Tübbingern besteht.</p>
Schachtabteufen	Mittel und Methoden zum Abteufen von Schächten. Das Niederbringen (bergmännisch: Abteufen) von Schächten wird wesentlich beeinflusst von den zu durchteufenden Gebirgsschichten und ihre Wasserführung. Hierdurch wird das anzuwendende Abteufverfahren bestimmt.
Schachtförderanlage	bergbauliche Anlagen, Geräte und Maschinen, die zur Seilfahrt, zum Transport des Fördergutes und des Materials im Schacht, zum Abteufen oder als Notfahranlage dienen und als Antriebsaggregat der Fördergutträger eine Fördermaschine haben.
Schießzeit	bergmännischer Ausdruck für eine festgelegte Sprengzeit, in der die mit Sprengstoff gefüllten Bohrlöcher abgetan werden. In der Regel geschieht dieses zum Ende einer Schicht.
Seilfahrt	Personenbeförderung im Schacht, „Fahren am Seil“ daher S.
Seilfahrtskorb	ein- oder mehretagiger Korb zum Befördern der Bergleute
söhlig	bergmännisch: Bezeichnung für waagrecht
Sohle	<ol style="list-style-type: none"> 1.) Untereinander angeordnete Horizonte eines Grubengebäudes mit allen in ihnen oder annähernd in ihnen aufgefahrenen Grubenbauen. 2.) Untere Begrenzung von Hohlräumen, wie Kammern, Strecken, Bohrlöchern, Schächte. Die S. ist die befahrbare Grundfläche des Grubengebäudes.
Sprengarbeit	Summe aller Tätigkeiten an der Sprengstelle zur Vorbereitung und Durchführung einer Sprengung
Sprengschwaden	bei der Detonation oder Deflagration von Sprengstoffen entstehende gas- oder dampfförmige Umsetzungsprodukte. Ihre Zusammensetzung sowie ihre Wirkung (erstickend oder vergiftend) hängen von der Art des Sprengstoffs, der Vollständigkeit der Umsetzung und der Verdünnung mit Luft ab.
Steile Lagerung	seigere oder steilstehende Lagerstätte
Steinsalz (NaCl)	<ol style="list-style-type: none"> 1. Salzgestein 2. durch bergmännische Gewinnung und Mahlung erzeugtes NaCl als Ausgangsstoff für die chemische Industrie, als Speisesalz usw., <p>Normalprofil des Zechsteins im Feld Friedrichshall</p>

Stoß	seitliche oder frontale Begrenzungsfläche der Hohlraumkontur eines Grubenbaues, Strecke,
Strecke Streckenauffahrung	söhliger oder geneigter Grubenbau. Hereingewinnen eines söhligen oder geneigten Grubenbaus.
Teufe	bergmännisch: Bezeichnung für Tiefe. Die T. gibt die Tiefenlage eines Grubenbaus unter der Erdoberfläche, oder auch bezogen auf Meereshöhe (NN), in Metern an. Bezugsfläche ist die Sohle des Grubenbaus, also die Schachtsohle, Streckensohle, Abbausohle, Bohrlochsohle und die Höhenlage des senkrecht über dem Grubenbau befindlichen Punktes der Erdoberfläche. Von der T. sind folgende Bezeichnungen abgeleitet worden: Abteufen eines Schachtes und Durchteufen von Schichten.
Tübbing	Schacht bzw. Schachtausbau
Üstra	Hannoversche Verkehrsbetriebe AG; heute im Eigentum der Infrastrukturgesellschaft der Region Hannover
Wetter, Bewetterung, Wetterführung:	planmäßige Lenkung und Leitung der W. durch das Grubengebäude. Die W. dient der Bereitstellung einer atembaren Luft mit einem ausreichenden Sauerstoffangebot, der Verdünnung schädlicher Gase unter einen MAK-Wert und der Kühlung der Grubenbaue. Zur Kennzeichnung der W. hinsichtlich ihrer Qualität, Zusammensetzung und Herkunft wird unterschieden zwischen Frischwetter und Abwetter
worst case	schlimmster anzunehmender Fall

* * * * *







SCHACHT

HOHENFELS

R 35 63655.90

H 57 95530.50

Ø 5,00 m